

Dunkelheit

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüro und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Wochenpreis: Die maximal geplante Ausgabe kostet 20 Pf., für die Auflagepreise (ab 100000) 100 R.R. Abrechnungs-Konto: 100000 R.R. Abrechnungs-Konto: 100000 R.R.

Ausgabepreis: Bei einer maximalen Auflage von 200000 R.R. (außer im Ausland), nach dem 20.000 R.R. ohne Aufschluss, für „Reichskanzler“ erhöht sich die Abrechnung um 100 R.R. auf Kosten und Gehältern. Im Falle höherer Gewalt zieht sich das Aufschluss auf Wahrung der Zeitung oder auf Durchführung des Beamtenstoffs.

Verlag: Dresden Verlagsanstalt mbH, Dresden-N. Geschäftsstelle und Redaktion: Weimarstrasse 17, Berlin 17.200. Verkaufsstellen: Dresden 18.000. Spandauer Straße 16-18 Uhr alle Sonntags, Mittwochs 17-19 Uhr bis einschließlich Dienstag, Freitags 18-19 Uhr bis einschließlich Samstags.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 14. Mai 1930

Nummer 111

Bombe im „Rote-Loge“-Prozeß

Hauptbelastungszeuge des Staatsanwalts als bezahlter Polizeispitzel entlarvt

(Rote Meldung) Dresden, den 14. Mai.
In der heutigen Hauptverhandlung im Prozeß gegen die „Rote Loge“ ereignete sich ein außerordentliches Zwischenfall. Obwohl der gestern als Zeuge vernommen Kriminalinspektor Einert behauptet hatte, daß der Polizeispitzel Borchert für seine Angaben kein Geld erhalten hat, machte heute der Zeuge Junke sehr wichtige Angaben darüber, daß Borchert von der Polizei

für seine Spionage mit Geld entschädigt worden ist. U. o. sagte der Zeuge unter Eid, daß ihm Borchert gesagt habe, er (Borchert) habe von der Polizei 24 Mark erhalten. Borchert habe auch ihm und einem anderen Jungen, Kummer, versprochen, eine Menge von diesem Spionagegeld zu geben. Junke habe aber nichts davon bekommen. Der Zeuge Junke wird von dem Vorsitzenden ausdrücklich gefragt, ob er diese Angaben auf seinen Eid nehmen wolle. Der Zeuge bejaht das und wird vereidigt.

Weiter ist interessant die gerichtsärztliche Zeugenaussage, wonach die gerichtsärztliche Untersuchung des Zeugen Borchert ergeben hat, daß

Borchert keinesfalls gestraft sei, daß er vielmehr im vollen Bewußtsein seiner geistigen

Kräfte sei. Diese Zeugenaussage bedeutet für den Prozeß, daß hier offen zu erkennen ist, in welchem Maße Borchert verucht hat, hinter einer angeblichen Gestestraftat sein verbrecherisches Spiel mit lässigem Arbeitern zu verschleieren. Der Vorsteher verachtete, dadurch sich für Borchert einzulegen, indem er sagte, Borchert habe diese Angaben, er sei gestraft, deswegen getan, weil er geglaubt habe, er werde von seinen Gegnern umgebracht.

Die Bombe

Auf Grund der Aussagen des Zeugen Junke wurde nachmal Kriminalinspektor Einert an den Zeugentisch gerufen. Er mußte nun mehr, durch Fragen in die Enge getrieben, zugeben, daß er an Borchert 3 bis 4 mal Geld ausgeschüttet hat. Er sagte „für Straßenbahnschäden“. Dabei machten die Beiträge noch keinen einzelnen Angaben jedesmal 1, 2, 3 und 4 RM aus. Hierauf wird die normale Vernehmung des Polizeispitzels Borchert beendet. Borchert muß nun ebenfalls zugeben, daß er vom Kriminalinspektor Einert Geld empfangen hat. Im weiteren Verlauf der Vernehmung Borcherts sieht das Gericht den Schluß des Polizeispitzels unvereidigt zu lassen. Der Staatsanwalt Dr. Hartmann widerspricht diesem Beichtschluß verzögert. Er sieht das Gebäude seiner Anklage vollständig erschüttert.

(Ausführlicher Bericht im Blatt.)



Vier Hauptleute und zwei Oberleutnants des Polizeipräsidiums Leipzig hielten rechts und links des Sarges die Ehrenwache. Die Ansprache an die Trauergemeinde hielt Herr Pfarrer Richter von der Lukaskirche Leipzig.

Die Feier wurde umrahmt von Orgelspiel und Vortrag des Polizeigangvereins, der die Feier mit „Heilig, heilig ist der Herr“ eröffnete und mit dem Lied „Über den Sternen“ beendete.

(Aus „Die Sächsische Schuttpolizei“.)

Kameraden und Vorgesetzte, Polizeipräsidium und Ministerium empfanden schwer den Verlust dieses ausgezeichneten Mannes und vortrefflichen Menschen.

(Bürgerblockminister Richter in seiner Grabrede.)

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzigs erfüllte ich die traurige Pflicht, von einem der Unseren, dem Parteigenossen Richard Galle, Abschied zu nehmen, einem Menschen, der mit uns kämpfte für die Errichtung einer besseren Zukunft für die Menschheit. Sein Symbol war wie das unsere: die rote Fahne.

(SPD-Redner Setzplank am Grabe.)

So geschehen am 26. April des Jahres 1930 bei der Beerdigung des sozialdemokratischen Polizeihauptmanns Galle, der am kommunistischen Reichsjugendtag zu Leipzig den Jungarbeiter Dyba niederschoss. Als Symbol der roten Fahne gilt danach den „links“ sozialdemokratischen Führern: Kreuz, Pfaffenrock und Kirchenlieder, Offiziere der kapitalistischen Wehrmacht und die Rede eines Bürgerblockministers!

die Selbstverwaltung des indischen Volkes einzutreten. Die jetzige Arbeiterregierung in England billigte jedoch alle Unterdrückungsmethoden gegen Indien.

Der Inhalt dieses Briefes genügt den Funktionären des Berliner Reichsbanners, um den indischen Studenten die Jetten aus den Händen zu reißen, und, als sich die Studenten dies nicht gefallen ließen, tatsächlich gegen sie vorzugehen. 2 Studenten wurden zu Boden geworfen und mit Fäusten geschlagen. Es entstand eine allgemeine Schlagerie, die erst vom Oberhofflammmande beendet werden konnte.

Das Podium gab seiner Missbilligung über das am spätere Verhalten der Reichsbanner.

Dieser Bericht spricht für sich. Es ist nur noch zu bemerken, daß es sich um den Flugblattverbreiter feineswegs um Kommu-nismus handelt, sondern um Unabhängigkeit der Zweiten Internationale und der Renegaten des Rosa-Bündner-Gruppe, die die Kommunistische Internationale während des Kampfes gegen die Internationale, der nur einen unterdrückigen Appell an die Macdonald und Vandervelde darstellt. In ein um so schärferes Licht werden aber deshalb die Banditenmethoden der Reichsbannerrollkommunarden gerückt, die auf Kom-mando der Höhling und Co. handeln.

Werden die sozialdemokratischen Arbeiter nicht von Empörung gepackt, wenn sie so etwas lesen? Werden sie aber auch erkennen, daß zwischen diesen Methoden und den blutigen Bürgerkriegsmethoden eines „linken“ SPÖ-Aleinherrn in Leipzig, der sogar sozialdemokratische Frauendemonstrationen verbietet, kein Unterschied besteht? Daß sie also brechen müssen mit einer Partei des Kolonialmordes und des Polizeiaktors, auch wenn jogenannte „link“ führt an der Seite ihres

Hungerkurs des Diktatur-Kabinetts

Regierungserklärung vor dem Landtag — Nazis und SPD stimmen erneut KPD-Antrag auf sofortige Landtagsauflösung nieder — Protestkund, Streikämpfe, Massendemonstrationen am 17. Mai als Antwort

Dresden, 14. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages entwölfe der mit Hilfe der Nazis gewählte Ministerpräsident Schied das Regierungsprogramm des „unpolitischen“ Bürgerblockbündnisses. Die Regierungserklärung war eine einzige, wenn auch diplomatisierte Kampfanfrage an die werkstätigen Massen in Stadt und Land, gleichzeitig eine Verleidung, alle Wünsche der großkapitalistischen Ausbeuter zu erfüllen.

Gleich zu Anfang seiner Erklärung gab er zu erkennen, daß die Sozialausgaben an die Bevölkerungswirtschaften um 15 Millionen RM geschränkt werden. Nicht weniger, vielleicht sogar die Durchführung der Bevölkerungsreform mit Entlassung tausender unserer Beamten, ergänzten Schieds Programm. Kein Wort, geschweige denn ausreichende Mittel für die Hunderttausende von Erwerbslosen in Sachsen.

Kein Wort gegen die provisorische Lohnabschaffung — live der lässigen Metallindustriellen,

die nicht nur gegen 150 000 Metallarbeiter gerichtet ist, sondern auch das Kleingewerbe, die kleinen Geschäftleute in Mitleidenschaft zieht. Dem ruinierten Mittelstand widmete Schied einige nichtslogende Phrasen, aber keine praktische Hilfe. Den Kleinbauern verprügelt er die „Hilfe“ des Bürgerblocks, indem er praktisch dem Großgrundbesitz Mittel in Aussicht stellt, aber es bei den die Kleinbauern bedrückenden Steuerlast belässt. Nur seine Betriebskraft begnügt sich für die lässigen Kapitalisten noch keinen Zweifel, als er erklärt, daß die Regierung alles daran setzt, die schwierige Wirtschaftslage zu beseitigen. Es war nur selbstverständlich, daß er den hungernden Massen mit Hammern und Revolver drohte, indem er erklärte, daß die Regierung es für ihre vornehmste Pflicht erachte, „Ruhe und Ordnung“ zu bringen.

Nichts noch diesem Scharknapprogramm nicht selbstverständlich, daß Schied vor der Auflösung des Landtages warnte, weil sonst die Verabschiedung des Gesetzes in Frage gestellt würde?

Um so erbärmlicher und in ihrer Nazis arbeiterfeindlicher entlarvten sich die Nazis und die „linken“ SPD-Führer.

Als der Gen. Renner den Antrag stellte, als ersten Punkt der Tagesordnung den kommunistischen Antrag auf Landtagsauflösung zu beraten, stimmen Nazis und SPD gemeinsam mit den Parteien des Bürgerblocks den kommunistischen Auflösungsantrag nieder.

Die Angst vor Neuwahlen, vor der Abrechnung der Massen, die Hoffnung, doch noch in dieser Legislaturperiode an die Zustimmung zu kommen, diffundiert ihr Handeln.

Die kommunistische Lösung: „Zurück mit dem Landtag! Zurück mit dem Schied-Kabinett!“

zu den ihrigen machen.

Reichsbanner-Rollkommando verprügelt indische Studenten

Nicht einmal Kommunisten, sondern Renegaten aus ihren eigenen Reihen — SPD-Arbeiter, macht Schluß mit dieser „Internationale“!

Dresden, 14. Mai.

Auf der in Berlin stattfindenden Exekutivversammlung der Zweiten Internationale forderte man in Reden und Entschließungen „Ablösung“, „Völkerfrieden“, „Völkerbefreiung“. Über das grauenhafte Kolonialregiment der englischen „Arbeiterregierung“ (deren Führer die wichtigsten Tübker der 2. Internationale sind) in Indien wurde kein Wort verfaßt; denn zur gleichen Stunde meldet die Bürgerliche Presse, daß in Nordwestindien Macdonalds Flugzeuge gegen schwere und tödbringende Bomben über Städte und Dörfer abwirft. Diese blutigen Schredenstaten illustrierten die sozialistischen Phrasologien der Helden der 2. Internationale.

Aber es kommt noch besser. Wir entnehmen der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die als großkapitalistisches Organ gemäß seiner Sympathie für die indischen Revolutionäre verdächtig ist, nachstehenden Bericht:

„Unfähig der zur Zeit in Berlin stattfindenden Exekutivversammlung der Zweiten Internationale forderte man in Reden und Entschließungen der Sozialdemokratischen Arbeiter-Internationale verantwortete die Berliner SPD gestern abend in der Neuen Welt ein. Die Studenten einer Kundgebung, bei der Künstler, Wehr, Trippen, Vandervelde u. a. sprachen und bei der die Ordner des Reichsbanners Schwarzgold die vollzählige erschienenen indischen Studenten der Berliner Hochschulen verprügeln, weil sie an die Teilnehmer der Kundgebung Zettel verteilten. Die Zettel waren als Offene Briefe an das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingeschickt und enthielten die Kongressteilnehmer an die dritte Tagung der Internationale, auf der einstimmig beschlossen worden war, für

Heraus zur Demonstration am 17. Mai

gegen Massenelend, Sozialreaktion und Hygieneverschwendel

Stellplätze:

- Verwaltungsbezirk 4: Altstädten, 17.30 Uhr.
- " 3: Dobritzer Gasthof, 17 Uhr.
- " 1: Dorfplatz Löbtau, 17 Uhr.
- " 5: Bischofsplatz, 17.15 Uhr.
- " 2: Holbeinplatz, 18 Uhr.

Der Dresdner Haushaltplan

Ein verlogenes Abstimmungsmänner der „Volkszeitung“ zur Täuschung ihrer Leser — Bücher widerlegt Bücher

Zur bevorstehenden Beratung des Dresdner Haushaltplans und als Erwidlung auf einen Artikel des sozialdemokratischen Dresdner „Volkszeitung“ wird uns von einem Mitglied unserer Stadtverordnetenfraktion, dem Genossen Gabel, geschrieben:

Unter der Überschrift „Ein oberflächliches, tendenziöses Nachschreiben“ nimmt die „Dresdner Volkszeitung“ Stellung zu meinem Artikel in der „Arbeiterstimme“ hinsichtlich des Haushaltplans der Stadt Dresden. Dieser Artikel, der eine Erwidlung auf meinen Artikel sein sollte, ist eine Spionagelistung der „Dresdner Volkszeitung“, sowohl am Demagogie als an Verlogenheit. Sein Verfasser, der wohl dem sozialdemokratischen Finanzbeamten lehrnahmischen dachte — die Formulierungen und verschleierte Argumentationen in diesem Artikel weichen auf diesen selbst als Verfaßter hin —, erriet einfach alles ab, was an arbeiterfeindlichen Maßnahmen durch den neuen Staat geplant ist. Der ganze Artikel ist offenbar eine Spekulation darauf, daß die Dresdner Arbeiter ihm, die Leiter der „Dresdner Volkszeitung“ sich mit diesem Artikel abfinden und im übrigen kaum Zeit und Gelegenheit finden, sich auch einmal persönlich einen Einblick in diesen Staat zu verschaffen.

Er verschweigt ganz absichtlich die rigorosen Streichungen bei den sozialen Positionen. Er geht sogar noch weiter und tützt seinen Lesern in der unverantwortlichen Weise vor, daß die sozialen Errungenschaften gemahnt und sogar ausgebaut (wörtlich ausgeweitet) werden sollen.

Diesen Schwund mag jener Leiter in demselben Moment zu bieten, da die Vorislüsse zum Abbau und zur Stilllegung der Flößereihaltung als 2. Kaiserdiktat von diesem Finanzbeamten in Druck gegeben wurden. Sie sind mittlerweile von lästigen Dresdner bürgerlichen Zeitungen abgedruckt worden. Nur die „Dresdner Volkszeitung“ hat nicht den Mut, die zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen. Weshalb, das ist ganz klar! Sie würden die besten Widerlegungen der Schwundtheorie in der „Dresdner Volkszeitung“ sein.

Der Verfasser spricht im Anfang seines Artikels von einem Staat des Stabos. Gabel über einen „angeblichen“ Millionenraubzug. Damit kennzeichnet sich dieser Artikelschreiber aber auch unterschreibt ungewollt meine Kritik. Er bestätigt aber auch meine Charakterisierung sozialdemokratischer Würdemüller.

Bei einem Gehalt von 21 000 RM jährlich, wozu 2400 Reichsmark Auswanderausbildung, dieses Wohnungs-

geld und wenigstens 15 000 RM aus der Dr. Günziger

Stiftung kommen,

mit dieser Herr von seinem eigenen Raubzug allerdings lehrmäßig sparen. In diesem Falle bedeuten die neuen Steuern sicher nur ein Trinkgeld. Anders freilich steht die Frage für den Arbeiter, unteren Beamten und die proletarischen Mittelschichten, aus denen Kreisen wir bereits eine ganze Menge Polizeistreitigkeiten ausgegangen sind. Für diese bedeuten die neuen Steuern (die Musikinstrumentensteuer) meist Freimutung von etwas, das sie sich zugesetzt hatten, weil ihnen der Besuch eines Theaters an sich unmöglich war. Dasselbe trifft zu auf alle anderen Arten von Steuern, Gedächtnis und Erhöhungen, die Herr Bücher im Haushaltplan zum Vorwurf bringt.

Wie steht's um die Saftlichkeit im Artikel der „Dr. Volksz.“ in den einzelnen Punkten? Da wird im Anfang gesagt, daß der Dresdner Haushaltplan ein Brutto-Haushaltplan sei, eine Zeitschrift, die mir leider nicht bekannt sei. Gerade aber das ist ein wesentliches Moment. Dadurch, daß ich diese Tatsache erfuhr auch gelassen hätte, ergebe sich ein völlig falsches Bild. Später steht selbst und wissen nicht wie. Was sie hier zu ihrer Erstellung anführen, ist im Wahrheitlich das gerade Gegenteil. Einmal ist der Umstand, daß ich's um einen Brutto-Haushaltplan handel, bereits berücksichtigt, was dem Kreisler bestimmt nicht entgangen sein dürfte. Das andere Mal aber hat ja Dresden sozialdemokratischer Bürgermeister gerade diesen Umstand (die Amtstellung auf Brutto-Haushaltplan) dazu benutzt, um in den einzelnen Konten reiche Einsparungen zu machen bzw. deren Ausschöpfung trotz unglaublicher Streichungen vor der Öffentlichkeit möglichst hoch erscheinen und die Streichungen nicht erkennbar werden zu lassen.

Einer Tatsachenprüfung leichter fällt die „Dresdner Volkszeitung“ im Anfang bei der Darstellung der Gesamtüberschüsse. Zu meinem Artikel waren die Gesamtüberschüsse den Gesamtbüchsen gegenübergestellt worden. Damit wollte ich den Leuten der „Arbeiterstimme“ gleich im Anfang einen Einblick in den antisozialen, reaktionären Charakter dieses Staats gewähren. Die „Volkszeitung“ unterschlägt das Wesentliche, worauf es kommt, nämlich die

Herabsetzung der Gesamtüberschüsse von 61 488 000 RM um 8 500 000 RM auf 57 988 000 RM.

Dieser Punkt, Herabsetzung der Zuläufe, wohlgemeint der Buchhüse, nicht der Ausgaben, verschweigt die „Dresdner Volkszeitung“. Das oder in der springende Punkt.

Herr Bücher hat durch Einnahmevergünstigungen und Ausgabenabschreibungen das Kapitel der Zuläufe vermindert. Würde diese Veränderung auf Kosten der hohen Gehälter der Ratsmitglieder, der Bürgermeister, der hohen Beamten, Empfänger und ähnlichem gehen, so würden auch die Proleten damit einverstanden sein können.

Wie stupidos in dem Artikel der „Dresdner Volkszeitung“ gelogen wird, soll an einem weiteren Beispiel gezeigt werden. So heißt es dort unter anderem:

„Beim Grundbesitz müssen die Mietien nun mehr den gelehrten Mieten angepaßt werden, so daß eine Siedlung der Einnahmen an Mieten mit rund 150 000 Mark eintritt; hierin sind aber Mieten von 200 000 Mark für höhere Bevölkerungsgebiete einzuführen, also wieder ein sogenannter Verzehrungsosten, der an anderer Stelle als Ausgabe erscheint. Die Mieten in den ländlichen Wohnhäusern werden also lebensmäßig in der Höhe belassen, wie das der Artikelschreiber der „Arbeiterstimme“ durch oberflächliche Angabe der Gesamtsteigerung im Haushalt Gründlichkeit darstellt.“

Auch das ist wieder ein Trick. Was ist der Zweck dieser Schwindeler? Damit soll der Leiter der „Dresdner Volkszeitung“ den Eindruck erwecken, als ob der Rat der Eltern jetzt die gelehrte Miete zur Einführung gebracht habe. Wie sieht es in Wirklichkeit? Das zeigt am besten die zweite Ratsdebatte. Dort heißt es auf Seite 4:

„Das Grundstücksamt hat die Miete für die städtischen Geschäftsräume um 30 v. H. auf 150 v. H. erhöht. Ungeachtet der Bedenken, die bei der Beratung hierzu von verschiedenen Seiten geäußert worden sind, hat der Rat der Eltern entschieden.“

Das heißt also, selbst den bürgerlichen Ratsmitgliedern ist ein solcher Vorschlag wegen seiner Konsequenzen zu known geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

Bei den überflächlichen Wahlen zum Sozialrat eroberten die Kommunisten 5 Mandate. Die KP Polens erhielt an Stimmen: In Antonschütze 194, in Eichenau 328, in Hohenlohschütze 70, in Eisendorfstraße 1407, in Hohenlinde 974, in Rottmann 2109, in Dörrschütze 3385.

In Chivoli Südböhlendorf (West-Berlin), wurde der Tropipolster Kanal feierlich eröffnet. Durch diesen Kanal werden 26 000 Hektar Acker- und Gartenland bereitstehen.

Komitee gegen RFB-Berbot aufgelöst

Neuester Schandstreich Jörgelebels / Blankovollmacht für jeden Polizeiterror

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

Der Polizeipräsident teilt mit: Das nach Auflösung des Roten Frontkämpferbundes gegründete Kampfkomitee, an dessen Spitze der ehemalige Bundesführer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, Max Jendrichus, steht, benutzt seine Veranstaltungen in steigendem Maße dazu, durch Wort und Tat zur Wirkung des behördlichen Verbots und zur Fortsetzung des Roten Frontkämpferbundes aufzutreten. Die auf den Versammlungen gehaltenen Reden, sowie die mitgeführten Transparente nüpfen regelmäßig in der Feststellung, daß der Rote Frontkämpferbund trotz des Verbots weiter existiere, und enthalten die eindeutige Aufrufserklärung an die Teilnehmer, auch ihrerseits zur Fortführung des Roten Frontkämpferbundes beizutragen.

Da somit der Zweck des Komitees gegen die Strafgesetze verloren, hat der Polizeipräsident das Komitee aufgelöst. Gegen Veranstaltungen, die das Komitee auch unter anderem Namen unternimmt, werde in Zukunft einschrittig verboten. Auch gegen Abgelebte, Transparenz und vergleichende werden vorgegangen werden, die zur Fortsetzung des Roten Frontkämpferbundes aufrufen.

Die „Rote Fahne“ schreibt dazu u. a.: Einen neuen Schlag im Interesse des Bürgerblocks hat Jörgebel der Arbeiterschaft verheißen. Dem Polizeipräsidenten, der die Lüge von den 14. in den Händen der Schupo verschollenen Karabinen am 1. Mai 1929 in die Welt setzte, der die Antifaschistischen Jungen

Garden unter verleumderischen Vorwänden verbot, kommt es auch jetzt auf eine Unwahrheit nicht an.

Es ist nicht wahr, daß das Kampfkomitee keine Veranstaltungen zur Missachtung des behördlichen Verbots benutzt. Der Henker des 1. Mai gibt seinen sozialfascistischen Polizeikreaturen eine Blankovollmacht für jeden terroristischen Schandstreich auf Arbeiterversammlungen. So wie Bismarck immer neue Variationen seines schändlichen Sozialistengesetzes vorstellt, so Jörgebel. Im Hintergrund stehen die Minister des Bürgerblocks und lachen sich über den blutschlaflosen Sozialdemokraten ins Jägerthier. Als das Sozialistengesetz zusammenbrach, war die Partei des Proletariats unter den Schlügen dieses Geistes stark geworden. Den selben Erfolg will Jörgebel haben.

Massen Kundgebung gegen Justizterror

Dresden, den 14. Mai.

Am gestrigen Abend stand in den Annenhäusern eine Massenkundgebung der Roten Hilfe gegen den Justizterror und für eine Vollkommenheit aller proletarischen politischen Belangen statt. Vertreter der Roten Hilfe, der KPD sowie der Hauptangestellte im „Roten-Loge-Prozeß“ sprachen unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden. 47 Aufnahmen für die Rote Hilfe, 10 Aufnahmen für die Antifaschistische Arbeiterwehr sowie mehrere Abonnenten für die „Arbeiterstimme“ waren das Resultat der Versammlung.

Die roten Sportler marschieren

Glänzendes Hallensportfest in Hamburg

Am Sonntag dem 11. Mai fand in Hamburg das erste große Hallensportfest der ausgeschlossenen Arbeiter-Sportler in einer riesigen Zirkushalle statt. Zur Mittagszeit rückten aus allen Stadtteilen die Sportler in geschlossenen Zügen heran. Kurze Zeit nach der Eröffnung war der riesige Zirkus gefüllt. Das große Programm wurde reibungslos abgewickelt. Die Zuschauer waren bis zur letzten Minute gefesselt. Neuerlich werbend waren die Vorführungen der Mädchenabteilungen. Die Spielleistungen der Berliner Röte-Gesellen lösten einen Sturm der Begeisterung aus. Das Fest war ein Beweis für die enge Verbundenheit der Arbeiterchaft mit den ausgeschlossenen Sportlern.

Flechner-Polizei terrorisiert rote Sportler

Offizielle Versammlung der roten Naturfreunde überrollen — Vergebliches Bemühen der Sozialfascisten — Werk für das Blingkettchen der roten Sportler in Erfurt

Im Auftrag Cornelius Gellerts überredeten die Polizisten des Leipziger „Linke“ Sozialdemokraten Flechner am Montag Abend eine öffentliche Versammlung der oppositionellen Naturfreunde in den Kaiserhallen. Der Überfall erfolgte kurz vor Schluss der Versammlung. Die Polizisten Flechners forderten die Versammlung auf, das Lokal sofort zu verlassen. Die Chemnitzer Jugendgenossen, die Sturmbrigade des RFB für die Eroberung der Sportlerjugend, wurde aufgefordert, im Saal zu bleiben. Durch eine Polizistin am Eingang muhte sich jeder Teilnehmer ausweisen.

Dieser Überfall der Flechner-Polizisten auf Arbeiter-Sportler, die gegen die verbrecherischen Spaltungsmassnahmen der Cornelius Gellert und Co. Stellung nahmen, die das Blingkettchen der revolutionären Sportler vorbereiteten, zeigen, daß die Sozialfascisten besonders dort, wo ihre eigenen Freunde im Staatsapparat sitzen, mit Hilfe der bewaffneten Macht die Arbeiter-Sportler jagen, mit Hilfe der bewaffneten Macht die Arbeiter-Sportler jagen und versuchen, „Material“ zum Verbot des Blingkettens zu sammeln. Die roten Sportler werden sich trotz des sozialfascistischen Terrors nicht abhalten lassen, die Arbeiter-Sportler in die Front des revolutionären Altkampfes einzutreten.

Die „Dresdner Volkszeitung“ polemisiert gegen die kommunistische Jugendinternationale, die auf ihrer letzten Versammlung die Aufrufe zur Gewinnung der Jugendmassen, den Kampf gegen Reformation und Sozialfascismus umstießen hat. Die Selbstkritik der RFB in der Volkszeitung hilft zu einigen hämischen Bemerkungen. Die kommunistische Jugend und die roten Sportler werden sich jedoch durch die hämischen Bemerkungen nicht abhalten lassen, die Massen für die revolutionäre Altkampffront zu gewinnen.

Wenn Sachsen Metallarbeiter sich auf die Bürokratie verlassen . . .

Überstunden-Schiedsspruch für die mitteldeutschen Metallarbeiter

Halle, den 14. Mai

Am Montag fanden vor dem staatlichen Schlichtungsausschüß Halle Verhandlungen zwischen dem DMW und den Unternehmensverbänden der Mitteldeutschen Metallindustrie Magdeburg und Thale statt. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein Schiedsspruch, der das Arbeitszeitabkommen vom 12. Juni 1928, das am 30. April vom DMW gekündigt war und das eine Überarbeitszeit bis zu 52 Stunden vorsah, wieder in Kraft setzt, nur mit dem „Ausgleich“ — wie der „Vorwärts“ schreibt —, daß bis zu 51 Stunden Überarbeit geleistet werden kann.

Dieser faulige Schiedsspruch, den die DMW-Bürokraten mit vereinbarten, soll bis zum 31. Januar 1931 Gültigkeit haben. So sieht der „Kampf“ der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten in den Industriehallen, der Überfall erfolgte kurz vor Schluss der Versammlung. Die Polizisten Flechners forderten die Versammlung auf, die Arbeitzeit unter die 48 Stunden Arbeitswoche“ gefordert.

So wird es auch in Sachsen kommen, wenn die Metallarbeiter sich auf die sozialdemokratische Bürokratie beziehen. Gewiß, in Phrasen sind sie großspurig. In einer Resolution der Executive der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die in der heutigen Morgenpost der SPD zum Abschluß gelangt, wird der Kampf „um die internationale Arbeitserziehung der Arbeiterschaft unter die 48 Stunden Arbeitswoche“ gefordert.

Der „Kampf“ Flechner geht vor einigen Tagen in der „Blätter der Volkszeitung“ noch weiter, indem er als Lösung der Bürokratik zum „gründlichen Kampf gegen den Kapitalismus, zur Mobilisierung der Massen gegen das an dem heutigen Ende schuldige kapitalistische System, für den Sieg des Sozialismus“ aufruft.

Aber demgegenüber vergleicht die Taten dieser „Revolutions“! Wie auf Kommando schwiegt die gesamte „Linke“ SPD-Presse heute morgen zum Vorstoß der Metallindustriellen. Nicht einmal eine Gegenforderung hat die Bürokratie bis heute aufgestellt, geschweige denn Maßnahmen zur Vorbereitung des Streiks getroffen. Sie hofft auf den Schlichter, daß er die Metallarbeiter in die Knie zwingt.

Um so schändlicher muß die Opposition handeln, die ihren Betriebsräte, die kommunistischen Betriebsräte, zur Wahl von Streitleitungen aufzufordern, alles daranzuhaben, dem Generalvorstoß der läufigen Metallindustriellen die proletarische Gegenoffensive entgegenzusetzen, den Streik für den

Siebenstundentag und vollen Lohnausgleich, für 20 Pfennig Stundentohnerhöhung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Sechszehnstdienst für Jungarbeiter, 18 Tage bezahlter Ferien!

Ende der Böge AG

Eine neue Betriebsstilllegung in Sicht

Wie die bürgerliche Presse aus Chemnitz meldet, haben sich die Aufständische des Böge AG und der Schiedsspruch AG verständigt, um über den Zusammenschluß beider Betriebsräte zu verhandeln. Die Böge AG wird von der viel stärkeren Sachsenwerk AG aufgezehrt. Im Hintergrund sieht die AGS mit der General Electric. Schon bei der Sanierung der Böge AG brachte die AGS bis zu zirka 50 Prozent der Böge-Arbeiter in ihren Betrieb. Bei der bevorstehenden Fusion sollen die AGS im Preis der AGS beibehalten. Böge-Alten in Sachsenwerke müssen die AGS Einfluss auf die Sachsenwerke gewinnen.

Der Zusammenschluß ergibt zu dem ausgesprochenen Zweck eine gemeinsame Konzerngruppe zu besetzen und durch die Zusammenfassung erhebliche Unlasten im Bereich zu entfernen. Das Ende wird die Übernahme der Produktion der Böge-Werke durch die Sachsenwerke und die vollständige Stilllegung des Böge-Betriebes in Chemnitz sein.

Der Zusammenschluß ergibt zu dem ausgesprochenen Zweck eine gemeinsame Konzerngruppe zu besetzen und durch die Zusammenfassung erhebliche Unlasten im Bereich zu entfernen. Das Ende wird die Übernahme der Produktion der Böge-Werke durch die Sachsenwerke und die vollständige Stilllegung des Böge-Betriebes in Chemnitz sein.

Die Hungerarmee wächst

Schnelles Anwachsen der ausgetrockneten Erwerbslosen

Am 30. April wurden, wie der Deutsche Städte- und Landkreisverband, in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit zusammen 25 Millionen Einwohnern) rund 327 000 Wohlfahrtsarbeitslose lautend unterrichtet. Davon waren 37 000 Juristische. Am 31. März und dagegen 315 000 und am 28. Februar 294 000 Wohlfahrtsarbeitslose gezählt worden.

Opfer des Profits

8 Bergleute getötet, 3 schwer verletzt

Hindenburg, 13. Mai. Montagmittag ereignete sich auf der Concordiastraße in Hindenburg eine Schlagmetterexplosion, bei der 12 Bergleute verschüttet wurden. Bis 16.30 Uhr waren die Bergungsarbeiten beendet. 8 Bergleute kamen nur als Toten zur Gedenkfeier. 3 sind schwer verletzt und schwanden.

Das Sekretariat der Liga gegen Imperialismus hielt am 10. Mai eine Sitzung in Berlin ab. Nach einem Reicard des Genossen Chattopadhyana (Indien) wurde ein Kommuniqué über die Unterstützung des Kampfes gegen die Imperialisten veröffentlicht.

Auf dem Teesagar Square in London demonstrierten die englischen Arbeiter für die Solidarität mit der indischen Revolution gegen den blutigen Macdonald.

Rüstet zum Roten Landsonntag!

Zusammenbruch der Anklage im

Rote-Loge-Prozeß

Die Wendung / Was wir voraussagten: Bankrott der Klassenjustiz / Polizeispitzel gebrandmarkt / Abteilung B verbreitet Märchen / Gen. Janny aus der Haft entlassen

Dresden, den 14. Mai 1930.
„Rote Loge“ wurde nach der Verleugnung des Eröffnungsabschlusses zunächst in

Die Vernehmung der Angeklagten

eingerufen. Juno verhört sich der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Roux, ausdrücklich durch einen Hinweis jede Rundgebung der Tribüne und läudigte starke Maßnahmen an, um zu zeigen, daß kein Hinweis unbedeckt bleibe. Außerdem behalte sich das Gericht vor, die Tribünenbesucher nach Waffen durchsuchen zu lassen. Schon bei der Vernehmung des Angeklagten Otto kam es zu einem kleinen Rekord zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten. Kraatz doch unter anderem der Vorsitzende: „Haben Sie Vermögen?“

Angeklagter Otto: „Wenn ich Vermögen hätte, könnte ich doch nicht hier.“

Der Vorsitzende: „Ich verbitte mir das!“

Angeklagter Otto: „Die Frage ist doch der reine Hohn.“

Der Vorsitzende: „Ich werde Sie in Strafe nehmen, wenn Sie sich ungewöhnlich vor Gesetz und Recht stellen.“

Angeklagter Otto: „Das Gericht wird mir einen Arbeitgeber anbieten als pietatisch bestimmt.“

„Räubersführer“ Janny

Wie wir Ihnen berichteten, wird dem Leiter der Betriebsgruppe Rote Elmette der Antifa, dem Genossen Janny die „Räuberschaft“ bei der „Räuberschaft“ der Betriebsgruppe Rote Elmette vorgeworfen. Seine Vernehmung bildete daher auch den wichtigsten und interessantesten Teil der Räumungsverhandlung. Was den Fragen des Vorsitzenden und den Antworten des Angeklagten ergibt sich die Räumung der Räuberschaft neue Farbe, daß die Antifaschistische Arbeiterwehr eine Organisation des Klassenbewußten Proletariats ist, die die besondere Aufgabe hat, die Arbeiterschaft über das Leben des Kaisers aufzuhüllen und die Arbeiterversammlungen durch Praktikationen zu führen.

Janny ist der Leiter dieser Betriebsgruppe Elmette, von der die geistige Ausgabe des sozialfachlichen Sudelblattes „Dresdner Volkszeitung“ fälschlicherweise wieder einmal behauptet, daß in ihr keine Arbeiter des Elmettes organisiert seien. Richtig und bestimmt macht Genosse Janny seine Aussagen und die ganze biedermeise Dummkopfheit der Dresden Verteidiger spricht so recht ins Auge, wenn man hört, wie der Mann durch seine einfache Rede die raffinierten Fragen seitens des Vorsitzenden Dr. Roux und des Staatsanwalts Dr. Hartmann beantwortet. Besonders hat es dem Gericht die Einladungsaufforderung angetan. Und so fragt der Vorsitzende: „Warum unterschrieben Sie die Einladungen nur mit dem Vornamen?“

Angeklagter Janny: „Weil mich alle Kameraden kannten.“

Der Vorsitzende: „Wie erfolgte die Aufnahme in die Organisation?“

Angeklagter Janny: „Durch Ausfüllung einer Beitragsauskunft.“

Der Vorsitzende: „Wurden auch politisch nicht organisierte Arbeiter aufgenommen?“

Angeklagter Janny (lachend): „Ja.“

Der Vorsitzende (nachdrücklich): „Das erinnert sehr an militärische Organisationen! — — Könnte denn jeder in Ihre Versammlungen kommen?“

Angeklagter Janny: „Jawohl.“

Der Vorsitzende: „Was war eigentlich der Zweck der Zusammenkunst am 12. März bei Fiedlers?“

Angeklagter Janny: „Wir sprachen über die Organisation der Arbeit zum Übertrassen des Kommunistischen Jugendverbands.“

Der Vorsitzende: „Weiter nichts? — — Wurde nicht über den 12. März gesprochen?“

Angeklagter Janny: „Oh ja! Es sollten Kurzere gewählt werden, die die Verbindung zwischen den einzelnen Gewerbevereinssammlungen aufrechterhalten sollten.“

Der Vorsitzende: „Haben Sie zur Durchführung einer Demonstration aufgefordert?“

Angeklagter Janny (sehr bestimmt): „Nein!“

Der Vorsitzende (überzeugt): „Na — wir werden es ja hören!“ (Über ein wem! Num. d. Berichterstattung.)

„Sensation“ im Gerichtssaal

Der Vorsitzende: „Es sollten doch Befreiungen gewährt werden, die die Bewegung auf der Tribüne. Ausufe: „S ein Quatsch! Nachhaltig!“

Angeklagter Otto lacht. (Bewegung auf der Tribüne häst an.)

Der Vorsitzende (zu Otto): „Warum lachen Sie?“

Angeklagter Otto: „Weber sollt lacherliche Fragen kann ich nur lachen.“

Der Vorsitzende (erregt): „Ich werde Sie nun bald in Strafe nehmen!“ (Hierauf zu Janny): „Es sollte wohl in der Versammlung bei Fiedlers recht sehr gesprochen werden? Nach außen hin sollte wohl auch nicht „gequatscht“ werden?“

Angeklagter Janny lacht nur zu dieser „geisteichen Feststellung“.

Der Vorsitzende: „Es sollte an diesem Tage doch ums Ganze gehen.“

Angeklagter Janny: „Wenn das so weiter geht, na ...“

Der Vorsitzende: „Stand jemand an der Tür des Zimmers, um den Eintritt zu verhindern?“

Angeklagter Janny: „Na ...“ (lacht).

Der Rote-Loge-Schwindel offensichtlich

Hierauf werden die beschlagnahmten Gegenstände (Notizbücher, Schreibblöcke, Mitgliedskarten) herumgezeigt.

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Janny ist vom Untersuchungsrichter gefragt worden, woher die gefundenen Mitgliedskarten der „Rote Loge“ stammen. Ich bitte, den Angeklagten hierüber einmal zu befragen.“

Der Vorsitzende (verlegen): „Ich habe den Vorwurf ja gar nicht gemacht ...“

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Dies wird ja auch nicht behauptet. Wie kommt aber der Untersuchungsrichter dazu, im Protokoll von Mitgliedskarten der „Rote Loge“ zu sprechen?“

Der Vorsitzende, der genau weiß, daß diese Frage den Zusammenbruch des Schwindels von den „Roten Logen“ bedeutet, entblößt die Tatsache, daß vom Untersuchungsrichter derartige Dinge aus dem Polizeiprotokoll übernommen wurden, mit — — — einem Irrtum. Und für diesen „Irrtum“ führt ein Urtheil auf der Anklagebank.

jetzt von Roten Frontkämpfern beabsichtigt gewesen, eine Befreiung zu bauen, erläutert im befehligen Empörung, er habe eine solche Ausweitung vor dem Untersuchungsrichter nicht getan, habe aber auf eine diesbezügliche Frage des Untersuchungsrichters erklär, daß vor dem Arbeitsamt Dresden in der Mauerstraße über eine solche Geschichte diskutiert worden sei.

Der Angeklagte Linge, kurz verächtlich, der sich nicht ausdrücken kann, hält dem Vorsitzenden natürlich auf die Nerven. Deswegen tut ihn der Mann mit dem Beimerk ab, „er glaubt wohl, er müsse jetzt noch flüstern.“

Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Polizei

In der Pause, die während der Vormittagsverhandlung eingeschoben wurde, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Helm, und dem uniformierten Polizei. Diese versuchte nämlich unter Mithilfe des berührten Kriminalinspektors Einert, die 23 auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten am Wegsehen in den Schließungsraum zu hindern. Unter Anwendung von Gewalt und auf direkten Beleidigungen hin seiner Eigenschaft nur als „Junge“ anwendenden Kriminalinspektor Einert wurde versucht, selbst den Genossen Rechtsanwalt Dr. Helm am Verlassen des Vorraums des Schwurgerichtsaales zu hindern. Provokatorisch erklärte Einert: „Die Tür bleibt geschlossen!“ Rechtsanwalt Dr. Helm wurde von den Beamten zwischen Tür und Raum gewangen. Erst das Eingreifen der Gerichtsbeamten bewirkte, daß die lächerlichen und von Polizeidünnel und Provinzialschule zeugenden „Anordnungen des Herrn Kriminalinspektors“ belohnt gelassen wurden. Wir protestieren auch an dieser Stelle ganz energisch gegen diese Art von unehrenhaftem Polizeikontakt. Herr Einert scheint von dem „Ruhm“, den ihm dieser Prozeß einbringt, etwas beeindruckt zu sein.



Der Staatsanwalt

Falsche Protokolle!

Der Angeklagte Körner, der von Rechtsanwalt Dr. Hoffmeyer vertreten wird, bestreitet die Richtigkeit der Protokolle des Untersuchungsrichters.

Staatsanwalt Dr. Hartmann (zum Angeklagten Linge): „Sie in jener Versammlung davon gesprochen worden, daß vier Männer sich am Polizeipräsidium gehen sollen?“

(Wahrscheinlich vermutet der Herr Staatsanwalt, daß sie das Domizil des Ultrafascistin Kühn in die Luft sprengen sollten. D. B.)

Angeklagter Otto (sehr bestimmt): „Es ist gelogen worden, vier Männer sollen am nächsten Tage, am 13. März, nämlich, auf die „Anne“ gehen und dort das Präsidium der Versammlung bilden.“ (Starke Bewegung auf der Tribüne. Das ist also das Attentat auf das Polizeipräsidium!)“

Die Bezeichnung der übrigen Angeklagten ergibt, daß keiner im Prozen und garantiert auf das beginnen, was der Angeklagte Janny über Zweck und Ziel der Betriebsgruppe Rote Elmette der Antifa gelagt hat. Besonders ist, daß der Spiegel Borchert einige der Angeklagten, die vorher nie etwas mit der Antifa zu tun gehabt, in die Versammlung bestellt hat, daß er also — ebenso gemein wie dumme — Polizeiterror der Klassenjustiz in die Arme zu treiben verucht hat.

Die „Meinung“ der Angeklagten in den Protokollen

Der Angeklagte Gruner, dem keine Aussage vor dem Untersuchungsrichter vorgehalten wird, die besagen soll, „am 6. März ...“

Die Erzählung des Kriminalinspektors Einert

Ich ließ mir berichten — und glaubte — weil ich schon so viel erlebt

Einert: „Nein — außer den Zeichen und den Gruppenbefehlen nichts.“

Der Vorsitzende: „Was haben Sie über den Zweck der Räumung zu sagen?“

Einert: „Das, was ich vorhin berichtet. Es sollten die Beobachtungen gestellt werden. Ich habe die Angaben, die mir gemacht wurden, für mich genommen. Ich habe in sie keine Zweifele gesetzt.“

Der Vorsitzende: „Was haben Sie für Beobachtungen zur Geheimhaltung der Ziele und Absichten der Vereinigung gemacht?“

Einert: „Nur, was mir gelagt worden.“

Der Vorsitzende: „Was ist über den 6. März gelagt worden?“

Einert: „Es ist mir gelagt worden, daß die Aufgaben am 6. März schlecht erfüllt worden seien.“

Der Vorsitzende: „Haben Sie vorher mit dem Zeugen Borchert gesprochen?“

Einert: „Ja. Ich kannte ihn nicht. Er kam zu mir.“

Der Vorsitzende: „Ich will Ihnen nur sagen, daß Borchert bei uns kein unbekanntes Blatt ist. Was hat er Ihnen denn berichtet?“

Einert: „Er hat mir alles berichtet, was im Protokoll steht.“

Staatsanwalt Dr. Hartmann springt Einert bei

Die Kunst blämter Kriminalbeamter besteht in Schweigen

Als der Staatsanwalt Dr. Hartmann steht, doch mit den Zeugenauslagen Einert auf Grund der Erzählungen des Spiekers Borchert den Angeklagten ein „Strich zu drücken“ ist, will er von Einerts Angaben haben, die die Angeklagten selbst gemacht haben, und die belogen sein sollen. Vor allem interessiert ihn der beobachtete Befreiungsbau am Zwinger.

Einert: „Das weiß ich nicht.“

Rechtsanwalt Dr. Helm (zu Einert): „Haben Sie die Angaben nur von Borchert oder auch von anderen?“

Einert (sicht verlegen): „In — — der — — Hauptjuge — — von Borchert ...“

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Sie sollten doch wissen, wer Borchert ist. Haben Sie keine Angaben bedingungslos gemacht?“

Einert (unsicher): „Herr Rechtsanwalt, wenn Sie meinen Dienst machen, dann müssen Sie's glauben...“

Rechtsanwalt Dr. Helm (sehr lächelnd): „Das ist doch keine Antwort auf meine Frage. Es soll doch angeblich ein Schwarzabkommen und die Befreiungsführer Dresden Personaltesten geplant gewesen sein. Haben Sie das alles bedingungslos geglaubt?“

Einert (äußerst verlegen): „Ich habe einen Bericht darüber gemacht.“

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Ich will jetzt aber von dem Zeugen Einert wissen, ob er das nur auf Borchert stützt.“

Einert: „Die Antwort, die ich Ihnen geben möchte, die gebe ich Ihnen nicht.“

Rechtsanwalt Dr. Helm: „Wenn also irgendwie Befreiung aus Altona kommt und Ihnen irgendwie Märchen erzählt, dann hören Sie auch danach.“

Einert schwieg. (Auch eine Karte! D. B.)

Rechtsanwalt Dr. Hoffmeyer: „Was ist Borchert zweimal zu Ihnen gekommen? Der Spiegel liegt doch sehr nahe. Ich kann mir denken, daß er Geld bekommen hat.“

Rechtsanwalt Dr. Hartmann: „Haben Sie schon einmal gehört, daß in Arbeiterversammlungen die Leitung Präsidium genannt wird?“

Reubert: „Noch nie.“ (Was sieht, wie Krempfholz hier konfrontiert werden soll. D. B.)

Die Verteidigung trifft den „jüdischen“ Ausführungen

Zur Konferenz werktätiger Frauen am 25. Mai

Die Frau im Produktionsprozeß

Darf eine verheiratete Frau berufstätig sein?

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Über diese Frage herrscht große Unklarheit und die Meinungen gehen weit auseinander.

Die Auffassung der Bourgeoisie

Die Bürgerlichen und mit ihnen die sozialdemokratischen Frauenrechtsgruppen, vertreten den Standpunkt, daß die Bestimmung der Frau sei „für den Nachtopf und für die Versorgung der Familie zu sorgen“. Diese „Pflichten“ werden vor allem der Ehemaligkeit und der Frau des kleinen Beamten und Angestellten zugesetzt. Von den Kanzeln herab wird edenhäuslich im Sinne der Frau eingehäuft, „daß ihr Leben nur der Familie und dem Haushalt geweiht sein soll“.

Wie lächerlich und widerlinig diese Auffassung ist, beweist die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die die Lage der Arbeiterfrau in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht vollkommen verändert.

So ist im Vergleich von 1907 bis 1925 eine Zunahme der Frauenerwerb von 62,8 Prozent im Handel und 38,8 Prozent in der Industrie zu verzeichnen.

Warum die Arbeiterfrau in den Produktionsprozeß einbezogen wird

Tats. die Frau z. B. in der Textil-, Haushaltungswaren-, Schuh- und Fabrikindustrie insbesondere in den Produktionsprozessen einzbezogen wurde, ist darauf zurückzuführen, daß die Frau besonders für diese Arbeit eignet und vor allem auch daran, daß sie vor gegenüber dem Mann nicht den gleichen Lohn erhält.

In der Periode der verschärften kapitalistischen Rationalisierung wird noch mehr wie bisher die Frau mit in den Produktionsprozessen eingesetzt. Der Kapitalismus macht sich nicht nur der Bestimmung der Frau, nur im Haus und in der Familie zuwidern, er brandet sie als billiges Ausbeutungssubjekt. Die verheiratete Frau wird in Abhängigkeit des niedrigen Lohnes des Mannes gezwungen, neben dem Haushalt ebenfalls fachkräftig arbeiten zu müssen. In der Heimarbeitserproduktion lebt Jahrtausende nicht nur der Mann, sondern auch die Frau — ja sogar die Kinder.

In der Textil- und Porzellanindustrie arbeitet der grosse Prozentanteil der verheirateten Frauen ebenfalls seit Jahrzehnten.

Das Einkommen des Arbeiters zwinge ja die Frau, ebenfalls mitzuverdienen. Nach Angaben des Reichsstatistikamtes hört sich die Einkommen der verheirateten Arbeiter im Jahre 1925 nach Gehaltsstufen geordnet wie folgt:

Gehaltsstufe 1 bis 6 M.	wöchentlich 4,1 v. H.
Gehaltsstufe 2 über 6 M. bis 12 M.	wöchentlich 12,9 v. H.
Gehaltsstufe 3 über 12 M. bis 18 M.	wöchentlich 16,9 v. H.
Gehaltsstufe 4 über 18 M. bis 24 M.	wöchentlich 12,4 v. H.
Gehaltsstufe 5 über 24 M. bis 30 M.	wöchentlich 9,3 v. H.
Gehaltsstufe 6 über 30 M. bis 36 M.	wöchentlich 11,3 v. H.
Gehaltsstufe 7 über 36 M.	wöchentlich 33,1 v. H.

Aber über zwei Drittel der Arbeiter besitzen wöchentlich nur einen Lohn von 6 bis 36 Mark.

Bei den Angestellten ist das Verhältnis auch kein besseres. Nach Angaben der Reichsstatistikabteilung (Oktober 1925) für Angestellte bestimmen sich die Gehälter der Angestellten folgendermaßen:

Gehaltsstufe A	50 M. rund 15 v. H.
Gehaltsstufe B	50 bis 100 M. rund 15 v. H.
Gehaltsstufe C	100 bis 200 M. rund 31 v. H.
Gehaltsstufe D	200 bis 300 M. rund 18 v. H.
Gehaltsstufe E	300 bis 400 M. rund 11 v. H.
Gehaltsstufe F	400 bis 500 M. rund 5 v. H.
Gehaltsstufe G und H mehr als 500 M. rund 4 v. H.	

61 Prozent der Angestellten erhalten also nur ein Gehalt von 50 bis 200 Mark monatlich.

Hinzu kommen noch die Millionen Erwerbslosen, die direkt am Hungertisch nagen.

Worum wir nicht für Entlassung der verheirateten Frau sein können

Zu hatte in den letzten Wochen Debatten mit Arbeitern darüber, welche Stellungnahme ein sozialdemokratischer Arbeiter zur Berufstätigkeit der verheirateten Frau einnehmen soll. Sie sagten, wie sollten wir uns z. B. einstellen, wenn in den Betrieben Entlassungen vorgenommen werden. Ihre Auffassung war, daß man selbst keine Zustimmung dazu geben könnte, daß verheiratete Frauen, deren Männer erwerbstätig sind, weiterbeschäftigt werden und dagegen Familienunterstützung entfallen würden.

Der Unternehmer wird vor allem bei einer Auflösung der Belegschaftszahl erst diejenigen entlassen, die im Betrieb stehen, oppositionell zu sein, d. h. die ihre Arbeitskollegen und Kolleginnen gegen die Unternehmer mobilisieren und für höhere Lohn und längere Arbeitszeit einzutreten.

Unsere Aufgabe kann nicht sein, in einem solchen Falle die Aforderung zu erheben, erst die verheirateten Frauen zu ent-

lassen. Das ist ein Ausweichen vor unserem entschiedenen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und Ausbeutung. Wir müssen vielmehr für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich einzutreten.

Wir haben auf unsere Rahmen geschrieben, für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau zu kämpfen. Wir wissen, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Arbeiterfrau doppelt ausgeschlachtet wird. Einmal, weil sie gemeinsam mit dem Manne unter der kapitalistischen Ausbeutung leidet, und dann, weil sie in materieller Abhängigkeit vom Manne lebt.

Wir halten es deshalb nicht mit der bürgerlichen Auffassung, daß die Frau nur an den Kochtopf gehört und Kinder zu willigen Arbeitskräften auszubilden soll. Wir sind dafür, daß die Frau am Klassenkampf teilnimmt.

Dabei bekämpfen wir aber den heutigen kapitalistischen Zustand, der die werktätige Frau zwinge, einen unfreiwilligen Doppelkampf führen zu müssen, indem sie einmal tagsüber in der Fabrik, im Büro und Kaufhaus arbeitet und dann noch abends ihren Haushalt versorgen muß.

In der Sowjetunion sind die Frauen von der Sklaverei befreit!

Die Arbeiterregierung der proletarischen Diktatur bietet im Falle mit der kommunistischen Partei und den roten Gewerkschaften alles auf, um die Gleichberechtigung der Frau in die Tat umzusetzen. In der Wirtschaft, Verwaltung und Regierung überall werden die werktätigen Frauen eingegliedert. In Kursen und Bildungsanstalten bemüht man sich die berufliche und soziale Leistungsfähigkeit der Frau zu heben. Man gründet Gemeinschaftshäuser, Wald- und Reparaturanstalten, Krippen, Kindergarten, Kinderheime und Erziehungsanstalten verschiedener Art. In der Sowjetunion also macht man Schluss mit der Verflüssigung der Frau. Man bemüht sich, die wirtschaftlichen und sozialen Funktionen des Einfamilienhauses der Gesellschaft zu übertragen und ermöglicht der Frau, sich je nach ihrer Begabung und Neigung voll in der sozialistischen Gesellschaft zu betätigen.

Die Einreihung der Proletarierfrau in die rote Klassenfront

Wer also der Arbeiterfrau und damit der gesamten Arbeiterklasse helfen will, der muß sich mit ganzer Kraft für die Revolutionierung der werktätigen Frauen und Mädchen einsetzen. Es gilt in den Betrieben gemeinsam mit den Frauen den Kampf organisieren für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Es gilt der werktätigen Frau ihre Klassenlage zum Bewußtsein zu bringen, damit sie die Ursachen ihrer Verflüssigung erkennt. Am 25. Mai finden in Sachsen Konferenzen werktätiger Frauen statt. Diese Konferenzen müssen unter Einhalt aller Kräfte vorbereitet werden. Überall gilt es für die Weiblichkeit der Konferenzen zu arbeiten. Kein Betrieb darf vorhanden sein, in dem nicht zu den Konferenzen werktätiger Frauen Stellung genommen und eine Arbeiterin delegiert wurde.

Die Konferenzen werktätiger Frauen müssen einen Schritt vorwärts in unserer Arbeit der Mobilisierung der werktätigen Frauen für den Klassenkampf einnehmen.

Darauf alle an die Arbeit! Wählt überall Delegierte!

Aus dem „Musterbetrieb“ Koch & Sterzel

Zahlreiche Wörke verzichten, in der nicht die Firma Koch & Sterzel vor den Schranken des Arbeitsgerichts steht. Ungeheuerlich ist die Ausbeutung in diesem Betrieb. Mit allen Mitteln versucht man, das Arbeitstempo des einzelnen Arbeiters zu beschleunigen. Man hat extra Spezialstopper herangeführt, die die Aufgabe haben, neue Zeiten für die einzelnen Arbeitselementen abzuschaffen. Die früher festgelegten Arbeitszeiten und Arbeitsläufe werden einfach für null und nützig erklärt. Man begnügt sich aber nicht mit der Abschaffung des Arbeitstempes, sondern geht jetzt dazu über, alles, was im Betrieb von dem Arbeiter getan wird, abzuhoppen. So kommt man dahin, daß die neuen Stopper dazu übergehen, den den einzelnen Arbeitern folgende Zeiten aufzunehmen: Was schnauben, Knöpfen, Hände reinigen, Wasser trinken, Kleidchen befehligen usw.

Dabei geht es um hunderte Minuten. Aus den Ergebnissen heraus werden dann die Aborte gelöst. Nur ein Arbeiter austreten und überbreiten die festgelegte Zeit, so geht man mit den brutalsten Mitteln gegen ihn vor. Die Abhopper, die nicht genau nach den Wünschen des Herrn Koch junior arbeiten, entlädt man und schreit in die Erziehungsberechtigung dann nach Bemerkungen, um dem Arbeiter im Wiederfinden einer Geduldslösung Schwierigkeiten zu bereiten. Die Firma Koch & Sterzel kümmert sich nicht darum, daß gelegentlich festgelegt ist, daß derartige Bemerkungen in den Abgangszeugnissen nicht enthalten sein dürfen.

Die Firma Koch & Sterzel ist auch auf der Internationalen Hygieneausstellung vertreten. Dort wird man zeigen, daß sie eine humane Firma ist. Die zur Ausstellung konzipierten Apparate der Firma Koch & Sterzel werden jetzt durch Überbunden fertiggestellt. Tausende Arbeitslose liegen auf der Straße. Doch die Firma lehnt es ab, Arbeiter einzunehmen. Ledig erkennt die Arbeiterschaft immer noch nicht, daß es ihre Pflicht ist, gegen das im Betrieb herrschende Ausbeutungssystem aufzuhören. Dabei geht es um hunderte Minuten. Aus den Ergebnissen heraus werden dann die Aborte gelöst. Nur ein Arbeiter austreten und überbreiten die festgelegte Zeit, so geht man mit den brutalsten Mitteln gegen ihn vor. Die Abhopper, die nicht genau nach den Wünschen des Herrn Koch junior arbeiten, entlädt man und schreit in die Erziehungsberechtigung.

(AR 1171)

Gewerkschaftsbürokratie ruft die Klassenjustiz

Sechs Monate Gefängnis für den Besuch einer Gewerkschaftsversammlung

Die Bürokratie im Baugewerksbund verhaftet ihren Kampf gegen die revolutionäre Opposition in unchristlicher Weise. Da sich die Mitgliedschaft in fast allen Hallen geschlossen hinter die vom Bundesvorstand ausgeschlossenen Kollegen stellt,

ruft die Bürokratie die Klassenjustiz

gegen die Mitgliedschaft zu Hilfe.

So wurde jetzt von dem Gewerkschaftsführer Hek in Jüdischau gegen fünf oppositionelle Bauarbeiter vom Landgericht Jüdischau eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach diesen Kollegen unter Androhung einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten verboten wird, die Mitgliederversammlungen des Baugewerksbundes zu besuchen.

Das Amtsgericht Jüdischau hatte es abgelehnt, eine solche einstweilige Verfügung zu erlassen.

Der Kollege Zschöckel war vom Hauptpolizeiamt ausgeschlossen worden. Die Mitgliedschaft und er selbst erkannten den unberichtigten Ausschluß nicht an, und er befahl meines die Mitgliederversammlungen des BGB. Dem Gewerkschaftskampfteilten Hek war das außerordentlich ungemein, und

zur Generalversammlung bestellte er ein Kommando des Reichsbanners, das den Kollegen Zschöckel an der Teilnahme dieser Versammlung gewaltsam hindern sollte.

Die Mitgliedschaft des Baugewerksbundes verhinderte

diesen Antrag und erreichte durch ihr geöffnetes Auftreten, daß der Kollege Zschöckel in den Saal gehen konnte.

Darauf benachrichtigte der Angeklagte Hek die Polizei,

die die Generalversammlung auflöste.

Nach dieser Verhandlung wurden die Kollegen Müller, Lorenz, Windisch und Dürrberger ebenfalls ausgeschlossen, weil sie sich gleich der gesamten Mitgliedschaft für die Teilnahme des Gewerkschaftsführer an der Generalversammlung eingesetzt hatten. Gegen alle fünf Kollegen wurde nun die einstweilige Verfügung erwirkt.

In der Verteilung dieser Verfügung steht es: Durch das Verhalten der fünf Kollegen würde

öffentlich eine zedelige und gehässige Beleidigung der Bewegungsfreiheit der Vereinsmitglieder herbeigeführt."

Im Wirklichkeit ist es aber gerade der Willkür der Verbandsmitglieder, daß die betreffenden Kollegen weiter als Mitglieder betrachtet werden und auch an den Mitgliederversammlungen des BGB in Jüdischau teilnehmen können. Das wurde durch die Begründung in der Generalversammlung deutlich bewiesen.

Der Willkür und die Bewegungsfreiheit der Vereinsmitglieder wird also nicht durch das Verhalten der fünf Kollegen, sondern vielmehr durch den Geschäftsführer Hek und der von ihm erwirkten einstweiligen Verfügung „deengt“.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Gewerkschaftsbürokratie im Baugewerksbund nicht anders gegen die rebellierende Mitgliedschaft handeln kann, als mit der Unterdrückung der bürgerlichen Justiz. Solche einstweilige Verfügungen erfolgen nicht nur in Jüdischau, sondern auch in anderen Orten, wie z. B. gegen den Kollegen Lange in Zehdenick, der eine enge Verbindung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen Staatsapparat.

Natürlich ist es kein Wunder, daß das bürgerliche Gericht den Verlangen der Gewerkschaftsbürokratie, oppositionellen Mitgliedern unter Strafanwendung zu verbieten, die Mitgliederversammlungen des Verbands zu besuchen, nicht mehr als Widerspruch erachtet, da die Oberklasse erwerblos ist und Erwerbslosenunterstützung zieht, die zusammen mit seiner Unterstützung über 15 Mark pro Woche beträgt. Ein Erwerbsozialist darf nicht mehr als 15 Mark Unterstützung pro Woche haben, wodurch Miete, Heizung, Kleidung und Lebensunterhalt destruiert werden soll.

Wir langjährigen Erwerbslosen haben jedoch nur einen Wunsch, und dieser ist: Arbeit und anstrengenden Verdienst. Dann hätten wir nicht nötig, derartige Wohlfahrtsämter in Anspruch zu nehmen. Die Stadt Dresden hat jedoch nur Geld übrig, um Feiern oder zu irgendwelchen feierlichen Geldern zu bewilligen. Wir Erwerbslosen fordern vom Rat der Stadt Dresden, Bereitstellung eines Raumes innerhalb der Hygieneausstellung zu dem Zweck, um allen Besuchern der Ausstellung die Art und das Eind der Erwerbslosen zu zeigen. (AR 1170)

Was auf der Hygieneausstellung fehlt

Der Ausstellungspalast der Erwerbslosen

Erwerbslosenkorrespondenz

Dresden, die Stadt der Hygiene, zeigt hinterhältig zur Erwerbslosen. Dies beweist folgender Fall. Einen Erwerbslosen wurde Anfang April die Gasrechnung zugestellt. Da dieser die „normale“ Summe von 10,30 Mark Wohlfahrtsunterstützung pro Woche vom Fürsorgeamt erhält, wobei er ihm mit der Bitte um Gewährung einer Entlastung an seine zuständige Kreisstelle. Gleichzeitig hat er um Stundung beim städtischen Betriebsamt gebeten, die Unternehmung mobilisiert und für höhere Lohn und längere Arbeitszeit einzutreten. Unsere Aufgabe kann nicht sein, in einem solchen Falle die Aforderung zu erheben, erst die verheirateten Frauen zu ent-

Morgen 19.30 Uhr spricht in einer öffentlichen Fabrikarbeiter-Versammlung in den Annensälen, Fischhofplatz, der Reichsleiter der revolutionären Fabrikarbeiteropposition

Gen. Erich Steffen

Rund um den Erdball

Der Mord der 13 jährigen Waltraud

Sie gesteht endlich, den 1½ jährigen Egon ins Wasser geworfen zu haben

Berlin, 13. Mai. Waltraud Senf, eine 13jährige Schülerin aus Luckenwalde, die seit dem 5. April d. J. verdächtigt war, das 1½ jährige uneheliche Töchterchen der Fabrikarbeiterin Gertrud Volle in dem Wasser des Blüchens Nuthe ertränkt zu haben, hat jetzt nach wochenlangem Zögern die entstehliche Tat eingestanden. Nach dem Geständnis brach das Mädchen vollkommen zusammen.

Das nunmehr erfolgte Geständnis der dreizehnjährigen Kindermörderin bestätigt lediglich die seit langem gehegte Ver-

Brust, adressiert an „Frau Waltraud Senf“ ein, der zwar aus Berlin abgesetzt, aber in Luckenwalde abgestempelt war.

Dieser Brief sollte die „Tante Rechtsanwältin“ abgeschickt haben, bei der nach der Erzählung Waltrauds der kleine Egon Unterkunft erhalten habe. Dieser Schwindel wurde dadurch begünstigt, daß die Mutter der Waltraud des Lebens und Schreibens kaum mächtig war. Das bestätigte die 13jährige alles für ihre Mutter. Auch die 22jährige Gertrud Volle, die Mutter des kleinen Egon, war gegenüber der unheimlich reglosen und überreifen Waltraud fast vollkommen willenlos.

Aus dieser Situation heraus ist es also zu erklären, daß die beiden Frauen, die durch Ausbeutung und Elend fast Lumpen geworden waren, den Umgang der Waltraud Glauben schenkten und tatsächlich annahmen, daß der kleine Egon am 5. April von der „Tante Rechtsanwältin“ aus Berlin abgeholt worden wäre.

Im polizeilichen Verhör leugnete Waltraud zunächst lange alles. Erst nachdem sie in die Enge getrieben worden war, machte sie ein Geständnis, wonach der kleine Egon beim Spielen in die Nuthe gefallen und darin ertrunken sei. Zwischen aber hielten die Brüste in die Hände der Polizei. Durch das kann man immer mehr zu der Überzeugung, daß Waltraud den kleinen Egon vorzüglich ertränkt habe. Aber erst einem aus Berlin nach Luckenwalde beorderten Psychiater gelang es, das Mädchen zu einem zustolzen Geständnis zu bewegen. Ob die Mutter Waltrauds von der grausigen Tat ihrer Tochter gewußt hat, ist noch Angelegenheit der Untersuchung.

Ob die Überzeugung Waltrauds in eine Füchsigkeit besteht, die man jetzt vorgenommen hat, der richtige Weg ist, das unglücklich veranlagte Kind zu retten, muß im Hinblick auf die vielen traurigen Resultate dieser „christlichen“ Erziehung mehr als bezweifelt werden.

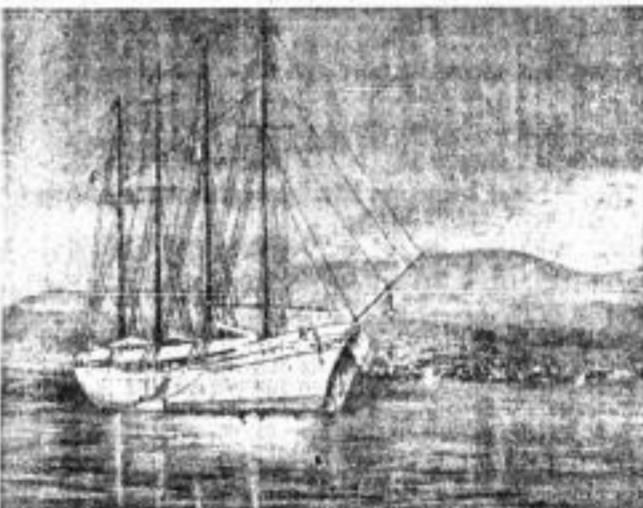
mutung ihrer Schuld. Dem Waltraud, ein Kind von geringerer außergewöhnlicher Intelligenz, hatte sich bereits durch Briefe, die sie an sich selbst sowie an verschiedene Personen in Luckenwalde geschrieben hatte, selbst verraten. In diesen Briefen standen die phantastischen Erzählungen über den Verbleib des kleinen Egon. So traf kurze Zeit nach Verschwinden des kleinen ein

Die Bergwerkskatastrophe in Hindenburg



Wie bereits gestern gemeldet, ereignete sich auf der Concordia-Grube in Hindenburg eine folgenschwere Schlagwetterexplosion, bei der insgesamt 9 Bergleute getötet und 3 schwer verletzt wurden. Zur Bergung der Verunglückten bildete sich sofort eine Rettungskolonne, die jedoch, als sie an die Untertasse vorgedrungen war, ebenfalls von einer Schlagwetterexplosion überrascht wurde. Unser Bild zeigt eine schnelle Rettungskolonne beim Bergen von verunglückten Bergleuten.

Der Theaterkahn der Deutschen Republik



Eine deutsche Studien-Gesellschaft, das „National-Theater“ in Weimar sowie finanzielle Kreise der deutschen Industrie und des Kunstgewerbes haben gemeinsam einen Plan ausgeheckt, um ausländischen Barbaren mit den Segnungen deutscher Kunst und Kunsterzeugnisse zu beglücken. Zu diesem Zweck haben sie den Viermasten-Gaffelschoner „Pro Arte“ (unser Bild), der außerdem durch zwei Schrauben angetrieben wird, gechartert, eine Bühne und einen Zuschauerraum für 500 Personen eingerichtet, eine Kollektion deutscher sogenannter Kunstartikel darin untergebracht, und nun kann es mit Volldampf, gutem Wind und dem notwendigen Murragebrill zum Abschied losgehen. „Deutsche Kunst den Barbaren des Auslandes!“

Betrunkene und Kinder reden die Wahrheit

Wie wahr dieses alte Sprichwort ist, beweist die Zeitschrift eines Arbeiterscorrespondenten an einer Söhne Parteiabteilung „Arbeiterwille“. Dieser Arbeiter hatte am 1. Mai in einer Söhne Gastwirtschaft ein Erlebnis, das er wie folgt beschreibt:

„An einem Tag waren mehrere Sozialdemokraten, erkenntlich an dem roten Maßstabzeichen der SPD. Die erhielten Gesichter zeigten, daß sie dem „Waldier“ bereits tüchtig zugesperrt hatten. Das Abjagen mehrerer fischiger Gassenhauer bewies einiges. Doch dann kamen sie in das richtige Gastronomie und hell schmetterten ihre feuchten Reihen:“

„Warum ist es am Rhein so schön ...“

Aber ihren ganzen patriotischen Jammer kleideten sie doch in den folgenden Vers. Arbeiter, geht oft, was diese Barden der 2. Internationale am 1. Mai zu singen wußten:

„Warum ist es am Rhein nicht schön?“

„Warum ist es am Rhein nicht schön?“

„Weil der Bräutigam, der Dresdner,“

„Unser Rheinland besiegelt hat.“

„Warum ist es am Rhein nicht schön,“

„Am Rheinland nicht schässen.“

„Betrunkene und Kinder reden die Wahrheit“, und behoffene Sozialrevolutionen offenbarten im Traum die ungeheure ideologische Verrottung des Reformismus. Vierzig Stunden vorher demonstrierten diese Bierbankpatrioten noch unter der Lofung „Proletarier aller Länder vereint euch“, um einige Zeit später nationalistischer wie Urtreutonen ihre wahre Meinung herauszutragen.

Drahtloser Telephonverkehr Belgien-Java

Die drahtlose Telephonverbindung zwischen Belgien und Niederländisch-Ostindien wurde am Dienstag morgen durch ein Gespräch zwischen dem Postminister und einem höheren Kolonialbeamten der Niederländisch-Ostindischen Regierung in Bandung auf Java eröffnet.

Nach der Katastrophe Massenentlassungen

Wassereinbruch in den Kalischlächen immer noch nicht zum Stillstand gekommen

Wienenburg, 13. Mai. Am Sonnabend fand in Wienenburg eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter der ersoffenen Kalischläche statt, auf der bekanntgemacht wurde, daß die Werkleitung die gesamte Belegschaft gekündigt hat.

Iwarz wurde in Aussicht gestellt, daß einige hundert Arbeiter wieder eingestellt würden, wenn die Schächte wieder in Betrieb genommen werden. Immerhin sollen aber 250 Arbeiter bestimmt brotlos werden. Inzwischen steigt der Wassereinbruch in allen Schächten langsam, aber stetig weiter und der große Krater am Hasley-Berg vergrößert sich immer mehr. Bahnhof und Chaussee sind noch gesperrt.

Die sowjetrussische Nordlandexpedition

Moskau, 13. Mai. Nunmehr werden nähere Einzelheiten über die bereits vor einigen Tagen von uns gemeldeten sowjetrussischen Expeditionen nach der Westküste von Nordland bekannt. Danach wird am 10. Juli der Eisbrecher „Sedow“ Archangelsk verlassen. An Bord befinden sich u. a. auch kleine, stabile Wohnhäuser für zu gründende Niederdorfungen in Nordland. Rund 15 Wissenschaftler werden die Expedition mitmachen, desgleichen zwei Flieger mit ihren Maschinen und Bordmonteuren.

Eisenbahnattentat in Missouri

In der Nähe der Stadt Natchez im amerikanischen Staate Missouri wurde ein Personenzug durch unbekannte Attentäter, die Schwellen auf die Schienen gelegt hatten, zum Entgleisen gebracht. Dabei wurden zwei Bahnbeamte getötet.

Südatlantik in 21 Stunden überstossen

Der französische Flieger Mermoz, der am Montag in Saint Louis in der französischen Kolonie Senegal zum



Der als bürgerlicher Dichter und Schriftsteller bekannte tschechische Oberstabsarzt Dr. Dvorak wurde unter der Anschuldigung, gegen hohe Bestechungsgelder junge wehrpflichtige Bourgeoisbündchen — Jungproletarier kommen natürlich die Schmiergelder nicht bezahlen — bei der Heeresaushebung für diensttauglich erklärt zu haben. Der Verhaftete hatte früher im alten österreichisch-ungarischen Heere dieselbe Stellung inne, wo er gleichfalls schon diese einträglichen Schlebungen tätigte.

Gehieds Diktaturprogramm vor dem Landtag

Millionengeschenke an die Kapitalisten, leere Versprechen für die Massen / Empörte Jurus der Tribünenbesucher an die SPD / Rotaus der „Linke“ und der Nazis vor Schied / Die Kommunisten rufen das Proletariat zum Kampf!

37. Landtagssitzung

Dresden, den 13. Mai 1930.

Zu der heutigen Landtagssitzung kam auf der Tagesordnung die Bereidigung des Ministerpräsidenten und die Beratung des Regierungsprogramms durch den neuwählten Ministerpräsidenten Schied, das Vertrauensmannes der Trümmergefechte. Die kommunistische Delegation empfing den Vertreter des Diktaturkabinetts mit zahlreichen Zwischenrufen: „Hebt fort mit der Vertretung der Industrieeliten, die morgen schon wieder gebrüllt ist!“ „Das Hungerkabinett, das morgens schon an politischer Unterwerfung krepiert wird.“ „Ein Weihnachtsmann, der allen was verspricht.“

In der Tat war die Rede des Herrn Schied sehr langfältig darauf abgestellt, mit allgemeinen Redensarten jede Beleidigung zu umgehen. Entscheidend aber ist, die wiederholte Betonung dessen, daß der Kurs des Kabinett-Bündnisses, kommt die Youngpolitik fortgeführt werden soll. Gleich zu Beginn „warnte“ Schied vor der Auflösung des Landtages, weil sonst die Beratung des Hungerkab. noch weiter hinausgeschoben würde. Er appellierte an die Parteien, unter keinen Umständen die Massen entscheiden zu lassen und brachte bedroht die Furcht des Bürgertums vor den Massen zum Ausdruck. Die Warnung Schieds vor der Auflösung hatte, wie sich später zeigte, auch einen durchschlagenden Erfolg. Als bei der Abstimmung der nächsten Tagesordnung der Genossen Kenner beantragte, als 1. Punkt die Auflösung zu beraten, erwiesen die „Linke“ und „Gelbe“ und die Nationalsozialisten dem Kabinett Schied die erste Abstimmung. Sie stimmten geschlossen gegen das kommunistische Votum mit sämtlichen bürgerlichen Fraktionen.

Rücksichtloser Abbau der Wohlfahrtspflege

Dort, wo Schied etwas Konkretes legte, zeigte sich, daß seine bekannte Fortsetzung des Hüngerkurses eine verhälftige Abdrosselung aller Wahnhoheiten gegen die Massennot ist. Er legte zum Beispiel wörtlich:

„Zweidritteldest Millionen Mark, die die bisherige Regierung dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium für die Belegschaftsverbindungen zur Verfügung gestellt hat, werden gleichmäßig verteilt werden.“

Wir stellen dagegenüber fest, daß in der 26. Sitzung des Landtages beschlossen wurde, den Bezirksfürsorgevereinenden 4 Millionen zur Verfügung zu stellen. Schied verzerrt somit ungemein, daß dieser Beschluß des Landtages bisher nicht durchgeführt wurde, und daß er auf Kosten der Bevölkerung der Armen bei der Durchführung 1½ Millionen sparen will, eine Riesensumme, die er den Kapitalisten in irgendeiner Form in den Taschen werfen will. Den Kapitalisten verprüft er, zu einer Besserung der schwierigen Wirtschaftslage beizutragen“. Besonders verucht er die Mittelschichten, die massenweise Konfrontation machen, infolge der brutalen Youngpolitik des Trümmerkapitals. Über die schwierige Situation „blumegazt“ und glaubt sie mit folgenden Worten für sein Diktaturkabinett gewinnen zu können:

„Die Regierung wird weiterhin bestrebt sein, den geliebten Mittelflorb, der im Art. 184 der Reichsverfassung gegebenen Zulage entsprechend, zu fördern und gegen Überlastung und Bußausgang zu schützen.“

Noch mehrheitliche Zustimmung hin dieser „Schied“ in Anwendung kommen soll, ergibt sich aus der abgedachten Redensart, daß im Interesse der Linke deutliche Erinnerungen verbracht werden. Durch diese Redensart wird die bisherige Entwicklung keineswegs aufgehoben. Diese Erklärung dient aussichtlich dem Amed, Illusionen in den Mittelschichten zu wecken, um Zeit zu gewinnen und den Parteien die Möglichkeit zu geben, die Unabhängigkeit zu erhalten. Das Agrarkabinett soll „vor allem die Förderung insbesondere des landwirtschaftlichen Bildungswesens als auch der Technik im Bauerndom und Tierzucht...“ und einer gefundenen „Gedungspolitik“ betreiben. Das ist das Nationalitätsprogramm der Großagrarien. Schied hat wahrscheinlich „vergessen“, den kleinen Bauern mitzuteilen, wann er die Gelder für die technische Ausgestaltung ihres Betriebes nehmen sollen. Mit seinem Wort hat er darauf hingewiesen, daß er denen, die heute schon nicht in der Lage sind, die ungewöhnliche Steuerlast aufzubringen, auch nur im geringsten entgegenkommen wird. Die Altkonservativen lassen weiter den kleinen Bauern den letzten Groschen aus der Tasche holen, so daß für die Erneuerung und Ausgestaltung ihrer Güterhaften keine Mittel vorhanden sind. Daraus ergibt sich, daß lediglich die Großagrarien, deren Vertretung in der Wirtschaftskammer bisher schon vorhanden, auf Kosten der kleinen

Bauern und Landarbeiter ihre Profite zu erhöhen, unterstellt werden.

Der Wohnungsbau soll „momentan nicht in die Wege geleitet werden, wo es gilt, eine entwicklungsfähige Industrie zu unterstützen“.

Man sieht ganz klar, daß lediglich der Profit der Kapitalisten Deutlichkeit des Diktaturkabinetts Schied ist. Dabei will er die Witter noch dem preußischen Rezept erneut bedienen. Wörtlich sagt er, es sollen

„gewisse öffentliche Güter, die insbesondere den kleinen Haushalt ernstlich bedrohen, zu Nebenleistungen erklärt werden“.

(Kommunistischer Jurus: „Mietmutter“) Zu der Schulpolitik hebt Schied hörbar, „die Bildung istlicher Werte“. Er kündigte damit an, daß die Millionengeschenke an die Pfaffen weiterhin aus den Steuerguthaben herausgepreist werden sollen. Die SPD wird natürlich auch in diesem Punkte mit Schied einstimmen, weil sie entsprechend der Befürchtungen jede wirtschaftliche und politische Förderung des Proletariats und der weltläufigen Bevölkerung in Stadt und Land niederschlagen.

Zum Schlus steht er nochmals aus: „Lassen Sie uns arbeiten!“ Uebersehen von der Überheblichkeit, mit der Schied das erbärmliche kapitalistische System verherrlicht, ist deplaudend, daß er auf den kommunistischen Jurus:

Was wird mit den Erwerbslosen? Was sagen Sie zum Lohnabbau der Metallindustriellen?

nichts zu sagen weiß. Wie es sich für einen günstigen Bürofraten gesiezt, wurde das Manuskript Buchstäbe für Buchstäbe ohne irgendwelches Palpieren heruntergeleert. Schon das äußere Auftreten Schieds — uns wird gezeigt, daß sein Haß verdächtig nach Mottenpulpa roch, ist charakteristisch für den politischen Kurs.

Servilität, häudliche Unterwerfung unter die Befehle der Trümmermagnaten; brutal, rücksichtslos gegen die um ihre nackte Existenz kämpfenden Massen. Mit aller Macht, mit Gummifüßeln, Maschinengewehren, Kerzen jede wirtschaftliche und politische Förderung des Proletariats und der weltläufigen Bevölkerung in Stadt und Land niederschlagen.

Das ist der politische Sinn der Regierungserklärung, getragen im Stile jüdischer Kulturmöglichkeiten.

Konzentration aller reaktionären Kräfte

Das ist die Generallösung Schieds. Er ist der Vater des Sächsischen Entwurfs zur Verwaltungsreform, nach dem der Aufsichtsbehörden alle Befugnisse über die Gemeinden in die Hände gegeben werden, nach den eine ganze Anzahl Dienststellen aufgehoben und somit ein Heer unterer Beamter abgebaut wird. Außerdem ist noch bekannt der Sturm, insbesondere der kleinen Gewerkschaften gegen die von ihm vorgeschlagene Verwaltungsreform. Weil gerade die ländliche Bevölkerung durch Aufhebung einiger Amtsgerichte und Behörden infolge größerer Offenbarungen in Aufstand bei dem erforderlichen Verkehr mit den Behörden sehr stark belastet wird. Nachdem er von rechts einen Bonus-Jurus erhielt bei der Erklärung für „Saubereit im Staate“ eintreten zu wollen, erfolgte

eine offene Kriegserklärung an die Wettägigen

Wörtlich führte er aus:

„Für Ruhe und Sicherheit im Lande mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu sorgen, hält die Regierung für eine ihrer vornehmsten Pflichten, weil hieraus der einzelne Staatsbürger ein Recht hat und weil die Gesamtheit der Bevölkerung getroffen wird, wenn der funktionslose Apparat unseres kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens gestört wird.“

vorgelesen. Sie hoffen, und wie die Regierungserklärung beweist, nicht zu unrecht, auf die Unterstützung des Kabinettts in ihrem Hungersabstag gegen die Metallarbeiter, vor gegen das gesamte Proletariat gerichtet ist. In allen Metallbetrieben gilt es jetzt den Aufruhr der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition entsprechend alle Kräfte zu mobilisieren zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen und die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaften darauf zu lenken, daß dieser Kampf in engster Verbindung stehen muß mit dem Kampf gegen das Diktaturkabinett des jüdischen Trümmerkapitals, das durch die Einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten hinweggelegt werden muß.

Lohnabbauoffensive

Die ist die Lösung aller Arbeiter und Arbeitersinnen werden. In den Betrieben und Stempelstellen, in den Büros und den Versammlungen der Wettägigen muß in den Vordergrund stehen: Waffenkampf gegen das Diktaturkabinett. Schon haben die Metallindustriellen angefangen der Wahl Schieds in den Sächsischen Landtag zur

Hundertprozentige Patrioten

Dem kleinen Teufel im Rödertal entnehmen wir:

Großherzogshof. Der feudale Klub im Rödertal ist unweiblich der Demokratie, denn Ministerbeiträge von 50 Millionen bedeuten für einen Textilproleten zwei Wochenlohn. Knapp ist der Winter vorüber, so beginnt der Tennisplatz auf dem Rücken. Zeit haben die Leute ja immer, denn ihre Miete alldem endigt mit Arbeit nicht aussichtsreich. Selbstverständlich braucht man aber beim Tennis auch Kinder, die die verschlafenen Fälle kommen. Wenn nun ein Textilprolet sich mit 34—35 Pfennig Stundenlohn abfinden muß, so müssen eben die Kinder ihres von klein auf innen dienen und立den sich überall einem Eltern. Wenn nur ein Kind, das 7 oder 8 Jahre alt ist, bei beim Polizeisten einige Pfennige verdienen will, so muß es die Wohnbeschaffung machen, daß diese Eltern ihr angeborenes Bushaus eingekauft wünschen werden kann. So erhält tatsächlich ein Kind, welches 3 Stunden Polizeiaufgaben, lage und lädt eine ganze 5 Pfennig — fünf Pfennige — in die Hand gebracht.

Familien. Und sie liegen da „Nazi“ waren natürlich nicht zu finden. Gegen oben konnte man allerdings den Zahnjunfer gewinnen. Ein mit Schiene aus der Richtung Radeberg kommend im niedrigen Stadtteil leben, allerdings nicht in der kleinen Naziuniform, sondern vornehmlichweise im Bett. Erstens ist das nämlich sicher, denn man kann nie wissen, ob es dennoch Freude lebt und zweitens kann man auch schneller und unauffälliger verbuchen, wenn es so breitfähig wird. So sieht es mit dem Worte des „Nazi“-Königlings aus. Der kleine „Abol“ erfüllt sich alle möglichen Freuden; er weiß ganz genau, daß man ihm nichts anhaben kann, denn wer im Schuh des § 51 steht, der kann sich ruhig mal lustig benehmen. Bedauerlich ist nur, daß es noch viele Arbeitersäume gibt, die sich von ihm diesen aufzuhören lassen und ihre wenigen Großchen kleinen Elementen zur Verhüllung helfen.

(Aus: „Der arme Teufel vom Rödertal“.)

Einer, der ausszugeben versteht

Schulwirk. Der Sonnenwirt und Wiedehändler Johannes Köbler mag auch einmal in ein richtiges Bild gestellt werden. Sein Dienstpersonal und sonstige Arbeiter versteht er ganz genau zu rupfen. Die Dienstmädchen, die er immer hat, werden gewöhnlich vor dem Untergang herausgezogen. Vor einigen Tagen bestellte er wieder ein Mädchen, dem vor jedermann ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde, aber auch das Mädchen mußte geben, als es seine Schönheit getan hatte. Der Besitzer gab Blutbrot, der wahren und monatelang mitschaffende und sollte natürlich keinen Kohn verlangen, wurde vom Köbler ebenfalls fortgezogen.

(Aus: „Der Sonnenwirt vom Rödertal“.)

Wir versprechen nicht nur, sondern garantieren dafür,

daß wir ausschließlich echte Orienttabake, insbesondere hochwertige, mazedonische Sorten verarbeiten. Damit ist die einfachste Erklärung für den reinen, mild-würzigen Geschmack dieser vorzüglichen 5-Pfennig-Zigarette gegeben.



Scholapur in den Händen der Aufständischen

Die englischen Militärbehörden verhängen das Standrecht — Die ganze Nordwestprovinz im Aufruhr — Zwei indische Divisionen meutern

London, 13. Mai. Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ aus Bombai berichtet, befindet sich die Stadt Scholapur noch in den Händen der Aufständischen. Nach weiteren noch unbestimmten und unklaren Melbungen haben die Aufständischen die bis hierherigen Beamten von Scholapur abgesetzt und eine eigene Verwaltung errichtet. Die britischen Behörden haben über Scholapur das Standrecht verhängt.

Nach den durch die englische Presse gelauferen Melbungen soll Scholapur von englischen Truppen besetzt und die Verwaltungsgeschäfte von den Militärbehörden übernommen werden sein.

In Dighoi in der Provinz Ussam kam es zu schweren Zusammenstößen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden drei Personen getötet, sechs schwer und über hundert leicht verletzt.

Gandhi-Freiwillige haben heute in drei Kolonnen einen Handstreich auf das Salz Lager der Regierung bei Dharasana verübt. Die Polizei hat 25 Personen verhaftet.

Gandhis Sohn Manilal machte sich gestern abend auf den Weg nach Dharasana, jener Stadt, gegen deren Salzdepot sich der müggelige Vormarsch des verhassten Nachfolgers Gandhis, Inabji, gerichtet hatte. Man erwartet, daß ungefähr 300 Freiwillige heute vormittag Dharasana erreichen werden.

Zwei indische Divisionen meutern

New York, 12. Mai. Der Berichterstatter des „New York Herald“ berichtet aus Bombai unter Umgehung der englischen Presse, daß zwei indische Eingeborene Divisionen meutern haben. Eine Division in Belgaum, südlich von Bombai, die andere 60 Kilometer südlich von Scholapur.

Die Sikhs haben auf einer Stammeskonferenz, die im Amtshaus stattfand, beschlossen, den Kampf gegen die britische Herrschaft zu unterstützen. Die anglo-indischen Truppen befürchten vor diesem Beschuß gefährliche Auswirkungen auf die Haltung der eingeborenen Sikhtruppen, die bekanntlich bereits in Peshawar gemeuert haben.

Die Nordwestprovinz unter dem Aufruhrgefeß

Bombai, 13. Mai. Die Lage in der Nordwestprovinz ist nach wie vor äußerst gespannt. Die aus Peshawar eingetroffenen privaten Berichte besagen im Gegensatz zu der Erklärung des Staatssekretärs für Indien im englischen Unterhaus, daß die bisher nur für Peshawar geltenden Sonderbestimmungen gegen anrückerische Handlungen nun auf die ganze Nordwestprovinz ausgedehnt wurden.

In Peshawar ließ der Stammesführer Turanji auf Anklage verstreiten, daß er mit einer großen Menge Waffen, Munition und Glücksgegen den Aufständischen zur Seite stehen wird.

Thabji zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Bombai, 13. Mai. Gandhis Nachfolger, Abbas Inabji, der, wie gemeldet, gestern verhaftet wurde, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Dr. Kitchlew, ein Anhänger Gandhis, wurde in Amritsar zu drei Jahren schwerem Kerker verurteilt.



53. Fortsetzung

Der Zug kommt, die Tür wird aufgerissen, — da liegt mein Sack auch schon hinunter, auf Kopf, Knie, Bänke.

Ach kann nichts mehr schief gehen! Wenn auch zwanzig Stunden Fahrt nach zwei schlaflosen Nächten eine starke Herzenprobe sein mögen: Am Ende steht Sophie vor siebzehn Kommissarien, einem großen Käle, zwei Pfund Speck und fünf Pfund Butter. Das ist schon einige Unannehmlichkeiten wert.

Der Zug rast durch Warschau, durch Polen, durch Deutschland. Ich hieße rüttlings auf meinem Sack Mantel, Zeltbahn, Tornister liegen darauf, daß niemand durch den Inhalt gereizt wird. Alle Augenblicke schaute ich auf, lämpkte schon verzweifelt gegen den Schlaf.

Aber wir fahren schon über die deutsche Grenze. Feldarbeiter winken, Kinder grüßen. — Nur die Posten an den Brücken demonstrierten die „Große“ der Zeit. — Doch daran denkt jetzt niemand. Mitfahrende erheben sich vom Fußboden, rollen, einige steigen schon aus.

Es ist abends, in der zehnten Stunde, als wir in Berlin ankommen. Der Zug nach Hamburg geht um elf. Ich gehe nach einem verkehrten Bahnhof — dem der Stadtbahnhof —, erfüllt mich noch einmal nach dem Fernbahnteig, bleibe aber auf der Bahn sitzen. Ich bin zu müde, um mich noch einmal zu ziehen und meinen Sack überzunehmen.

Ich weiß nur noch, wie mir mit einem Male alles vor den Augen tanzt: Die Menschen, die Jüge, die Bahnhofsuhle, einen närrischen höhnischen Tanz, tanzend Grinsassen mich anstaunen, als wollten sie mich stoppen.

Als ich unweit vom Schlesischen Bahnhof in einer Station des „Roten Kreuz“ erwarb, merkte ich sofort, daß ich meinen

Unter Anhänger Gandhis erhalten 13 Monate Gefängnis. Alle waren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt.

Rund einer Haushaltung im Hauptquartier des Aufstandes des Kongresses für die Präsidialherrschaft Bengalen in Kalkutta wurden etwa 8-10 Personen verhaftet. Sie werden wegen Straßenraubs, Mordes und Empörung angeklagt.

★

Der Prozeß gegen die indischen Kommunisten in Dacca mußte kurz nach der Eröffnung vertagt werden. — Als den Angeklagten verboten wurde, revolutionäre Lieder im Gerichtssaal zu singen, erhoben sie lautes Protest, dem sich die Zuhörer anschlossen. Der Polizei gelang es nicht, die Kundgebungen zu unterdrücken. Darauf schloß der Vorsitzende kurzhand die Gerichtsverhandlung.

Gandhis Erholungsurlaub

London, 13. Mai. Der Staatssekretär für Indien teilte in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus mit, die britische Regierung habe ihn verständigt, daß Gandhi während seiner „Gejagterhaltung“ die gleichen Räume inne habe, wie im Jahre 1922. Alle notwendigen Einrichtungsgegenstände seien ihm zur Verfügung gestellt worden (!). Seine Räume seien mit elektrischer Licht ausgestattet und hätten eine große Veranda mit einem kleinen Garten daran. Gandhi schläft im Freien und werde nicht streng bewacht. Außerdem werde er mit seiner gewohnten Diät oft versorgt.

Die „Botschaft“ des Vizekönigs

London, 13. Mai. Der Vizekönig von Indien hat eine Botschaft an das indische Volk“ erlassen, die eine heftige Wiedergabe von Drohung und Beschwörung darstellt.

Die Botschaft weist auf die „unangestellten Vorarbeiten

zur Behandlung der Verfassungsfrage“ hin, die Indien zu einem englischen Dominion (!) machen soll. Er „bedauert“, daß die Stimmlaufführung in Indien gegen die Konferenz am runden Tisch sei, die für den 20. Oktober in London organisiert werde. „Dem Gebot der Nationaladage folgend“, heißt es weiter, „hat die Regierung angesichts der zunehmenden Bedrohung für die Wohlheit und Sicherheit der indischen Bevölkerung (?) sich gezwungen gesehen, sich gegen diese Dinge zu rüsten und die Errichtung über die vorhandenen hinaus mit solchen Mitteln auszustatten, wie sie notwendig erschienen, um vor der Weltöffentlichkeit den guten Namen Indiens (!) und die Achtung gegenüber der gleichmäßigen Gewalt wiederherzustellen.“

Die APPC auf Kampfposten

Das Zentralkomitee unserer englischen Sozialpartei, „Daily Worker“, wendet sich an die englische Arbeiterschaft mit einem eindringlichen Appell zur aktiven Unterstützung der indischen Revolution. Es heißt darin unter anderem: „Britische Arbeiter! Der Kampf der Massen in Indien ist unser Kampf, und wir müssen zusammen zu Hilfe eilen. Wir müssen verhindern, daß britische Truppen unsere indischen Kameraden niederkämpfen! Wir müssen die Entsendung von Truppen und Munition nach Indien verhindern, wie wir das bereits im Jahre 1920 getan haben, als der Krieg gegen Sowjetrußland drohte. Kein Mann, kein Geschäft gegen Indien! Nieder mit der imperialistischen Labour-Regierung! Es lebe das unabhängige Indien!“

Der Kultus wendet sich seiner an die britischen Truppen und fordert sie auf, nicht auf die indischen Massen zu schießen. Das zentrale Stellkomitee der Wollarbeiter in Bradford hat einen Beschluß gefaßt, in dem es sich solidarisch stellt mit der APPC Großbritanniens in der aktiven Unterstützung der indischen Revolution.

Kettet die indochinesischen Freiheitskämpfer!

Ein Aufruf der APPC gegen die französischen Henker

Moskau, 12. Mai. Die Exekutive der Internationalen Roten Hilfe veröffentlicht folgenden Aufruf an die Werktagen aller Länder:

Die Blutlache, die von dem französischen Imperialismus in Indochina verübt wurden, ist durch ein neues ungeheures Verbrechen vervielfacht worden. Im Tempel wurden die über revolutionäre Aufständische, die Soldaten und Angestellte Thonot und Nao Hoa Hung und die Bauern Dang van Luong und Dang van Tuu, verhängten Todesurteile vollstreckt.

Weiteren 35 zum Tode Verurteilten droht gleiches Schicksal. Hunderte indochinesische Arbeiter, Bauern und Soldaten sind zu Lebensträger oder langjähriger Arbeitsstrafe verurteilt worden. So antwortet die imperialistische Bourgeoisie Frankreichs auf den Aufruhr der unterdrückten armenischen Massen, das Joch der kolonialen Unterdrückung zu lüften.

Werktag der Länder! Erhebt zusammen den Protest gegen das an heldhaften indochinesischen Revolutionären verübte Blutgericht des französischen Kapitalismus.

In allen Ländern muß die einzige Forderung der sofortigen Freilassung der 35 zum Tode Verurteilten, aller Eingesetzten erhoben werden.

Matischel und Genossen im Hungerstreik

Belgrad, 13. Mai. Die Anklagten im Matischel-Prozeß sind am Sonntag zum Zeichen des Einspruchs gegen die Verurteilung, die schon seit Monaten nur aus Wasser und Brot besteht, in den Hungerstreik getreten.

Kurze Auslandsnachrichten

Kristjós Hansen, der bedeutende norwegische Politologe, ist am Dienstag nachmittag in seiner Wohnung ums umsamt umsamt ist am Dienstag, 14. Uhr, in seiner Villa in Løvøya bei Oslo gestorben.

★

P. J. Treliere, einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei Hollands, verstarb nach langer Krankheit.

★

John Wheaten, ein Führer der Unabhängigen Arbeiterspartei in England, ist in Glasgow gestorben. Wheaten war Minister im ersten Macdonald-Kabinett.

★

Die Forderungen der Arbeit, die sie auf Verhandlungen in London vertreten haben, wurden von der Labour-Regierung abgelehnt. Die sozialistische Delegation ist nach Palästina zurückgetreten.

Dann immer wieder auf mich, als wolle sie im meinem Gesicht leben, weiß gar nicht, was sie lachen soll, lacht und meint zu gleicher Zeit. Es dauert eine Weile, bis wir wieder zur Bekennung kommen. Sie wird zuerst „vernünftig“ und sagt: „Komm, Lütting, steh auf! Du hast doch das Brot nicht mitgebracht, damit wir uns darauf herumwälzen.“

XIX.

Ich läufe mich langsam hinein in meine „neue“ Umgebung. Es ist zwiel auf einmal. Es gibt zwanzig Gramm Butter — pro Käse — in der Woche, Kartoffeln sind knapp — fast fünf Minuten die Woche gibt es nur zwei. Für die anderen drei Stunden gibt es 100 Gramm Hühnerfleisch, alles auf besondere Karten, Kärtchen, Abschnitts-kärtchen.

Den Kärtchen gibt es nur dann, wenn die „Zufuhr“ der regelmäßigen Portionskarten unterscheidet Lebensmittel „kost“. Dann noch fünfzig Gramm Margarine. Ein Brot die Woche — klebrig und schwärz — gibt täglich drei kleine Schnitten. Wenn man die Margarine und die Butter mit dem Brot ganz dünn aufträgt, reicht sie für die Schnitten, dann hat man den Kärtchen noch übrig. Auch Matomelade gibt es, dieselbe, die wir brauchen auch bekommen. Sie sieht aus, als wäre sie schon einmal gebacken und kammt von der Kohltaupe.

Diese Kohltaupe tritt in allen Variationen auf: Kohlraben in Wasser als reguläre Kohltaupe, Kohltaupe als Quetschkartoffeltaupe, Kohltaupeuppe, Kohltaupe gehobelt, als Sauerkrauttaupe, Kohltaupe in Scheiben, als „Sauerkartoffel“. Kohlrabenjalat, sogar als Kärtchen findet sie Verwendung.

Aber man braucht ja nicht immer Kohltaupe zu essen. Die Graupe, auch Kälberrahm genannt, ist wohl auch schon rasiert, aber man kann „hintenherum“ kauen. Die Graupe ist man als Graupenkuppe, als Graupenpudding, als Graupenwurst, fe nach Gelbwurst. Dann gibt es noch „Sonntages“ mit und ohne Kartoffeln. „Billige Käse“, „echten“ Sauerkäse, Zwiebel, fünfzig Gramm Fleisch. Man muß nur aufpassen: Sonntags steht man überall einige Stunden und kommt gerade dran, wenn ausverkauft ist.

Sophie zählt, sortiert, rechnet mit den Lebensmittelkartenabschnitten mit einer Sicherheit, als wäre das gar nichts. Heute gibt es einen Hering auf Abschnitt 3 der Karte B. Sophie legt die Karte heraus.

Herr Gramer von nebenan klopft und bringt ein Töpfchen Milch. (Fortsetzung folgt.)

25 PF. **50 PF.** **1- MARK**

20 ABTEILUNGEN

KURZWAREN	WERKZEUGE
WEISSWAREN	GLASWAREN
WIRKWAREN	PORZELLAN
HERRENARTIKEL	KONFITÜREN
WÄSCHE	FETTWAREN
STRÜMPFE	LEBENSMITTEL
GARDINEN	TOILETTAARTIKEL
STOFFE	SCHMUCKWAREN
HAUSHALTWAREN	SCHREIBWAREN
SPIELWAREN	
UND EINE NEUARTIGE IMBISSECKE.	

NICHTS ÜBER 1 MARK

Escape

DER LADEN DER
3000
NOTWENDIGKEITEN

ERÖFFNET MORGEN
NACHMITTAG
3 UHR **ZITTAU** BAUTZENER
STRASSE 7

Der Rote Wähler

das Organ der kommunistischen Reichstagsfraktion, behandelt alle wichtigen Vorgänge im Reichstag an Hand des amtlichen Materials. Er kennzeichnet die Haltung der Parteien und informiert Dich über den Kampf der kommunistischen Fraktion gegen Massenausplünderei und Terror. Er

ist für Dich

der wirksamste Mitstreiter bei allen politischen Diskussionen, die Du täglich gegen die Gegner der revolutionären Bewegung zu führen hast. Die schlagendsten Argumente sind Tatsachen. Du findest sie im „Roten Wähler“. Er ist daher

unentbehrlich!

Zu beziehen bei allen Literaturstellen und durch die Funktionäre. - Erscheint monatlich einmal. --- Preis pro Nummer 10 Pfennig. Organisationen Sonderpreis.

Verlag: Zentrale für Zeitungswelde
Berlin C25, Kleine Alexanderstraße 28

FELLE

billig
für Geschenk u. Pferze
Rehfelder Str. 41

Steppdecken

solide Ausführung
gute Qualitäten

Ewald Kluge

Pirna, Lange Str. 17

Alle Lebensmittel billig
6 Proz. Rabatt
W. Baegle
Pirna

Alfred Scheunert
Dresden-Friedrichstadt
Peterstraße 11

Hausschlüchterei
Kolonialwaren
Jeden Donnerstag-Schlachtfest

Streichf. Farben
Lacke aller Art
Schablonen
Pinsel / Bürsten
Bohnerwachs
preiswert und gut

Lack- u. Farbengeschäft

Curt Flechsig
Pirna
Bahnhofstr. 27, Ruf 108

Alte Kluge Frauen

kaufen preiswert

+Gummi+

Hüftformer, Leibbinden
Gummistrümpfe
Knickellformer, unsichtbar
Vorlatzhosen, Unterwäsche
als Frauen-Bettler
Mutterunterstützen
Klytos, Duschchen
alle Frauen-Artikel

Frau Freisleben

Postplatz

Filiale: Wallstr. 4
Facke, Frauenbedienung
Man sieht auf Facke
Gummi-Freisleben

Strohsäcke

Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 311. Ruf Nr. 51502

Persönl. Leitung! Geprüft. Personal! Anerk. eine fährende Anstalt am Platz! Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen



Belebtere Geschäftsstraßen!

Beobachten Sie eine Geschäftsstraße,
deren Geschäftsinhaber regelmäßig in der

Arbeiterstimme

Ihre Anzeigen veröffentlichen; Sie finden Leben. Der Umsatz wächst in dem Maße wie die propagandistischen Ankündigungen wachsen. Kein Wert setzt sich allein durch. Die Erfahrung lehrt, daß jede sachliche Leistung der propagandistischen Unterstützung der Zeitungsreklame bedarf. Geschäftsleute, die auf Erfolg arbeiten, lassen ständig den Anzelgentell der Arbeiterstimme für sich sprechen.

Fahrräder

Expres, Haenel, National, Allright. Gebrauchte
Räder. 20 M. an Reparaturwerkstatt für Fahr-
und Motorräder. **P. Wolf, Gerokstraße 16**

**Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!**

Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, 1. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße

Möbel aller Art

Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

**I. Dresdner Ofen- und Herd-
reinigungs- und Reparatur-
Institut**
Herd- und Staubsauger, elektrisch / Seifen.
Umsetzen, Reparieren aller Arten Ofen
Königsbrücker Straße 69

Residenz - Büfett
Seestraße 7

**Speise-Restaurant
Konditorei**

Zweiggeschäft: Waisenhaus-
straße 18

Lieferung von Kuchen und Eis frei Haus

**Molkerei-Produkte
Herm. Wittig**

Nartigstr. 1
Dasselbst eig. Verkaufsstelle von Heinrichs-
thaler Milch und Käse / Michgartenbetrieb

Metall- u. Holzbettstellen
für Erwachsene und Kinder
Stahlrahmimatratzen
Auflage-Matratzen
nur eigene Anfertigung
Reform-Uberbetten
solide Qualitäten

Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17